

Stimme

Wochenschrift für den gesamten Osten

Verlag Bund Deutscher Osten e. v., Berlin W 30.

Erscheint wöchentlich, einmal. Bezug: Durch die Post vierteljährlich 1.50 RM. Einzelnummer 20 Pf. u. 5 Pf. Postgebühr. Anzeigenpreis: Für jeden Millimeter Höhe der Zeile 30 Pf., bei Familien-, Ortsgruppen- u. Stellen-Anz. 20 Pf., bei Anz. im Anschluß an den Text auf Textbreite 1.20 RM.

Nr. 31.

Berlin, 28. Juli 1933.

14. Jahrg.

Inhalt: Nr. 31: Der gesamte deutsche Osten eine Einheit. / S. 310: Von Gian und Aufgabe des Bundes Deutscher Osten. / S. 311: Österreich nicht Aufzug, jedoch Einheit. / S. 312: Die Bayern reden den Nationalisten. / S. 313: Mangel an Deutschblütigen, das Verbot der bayerischen Chmar. / S. 314: Bayerische Chmarverteilung. — Bericht der bayerischen Chmar Arbeit. — Die bayerische Chmar liest. / S. 315: Staatsminister Eiler. — Chmarplan des Reiches. — Bericht der bayerischen Chmar. / S. 316: Die bayerischen Chmar. / S. 317: Der politische Kampf in Bayern. / S. 318: Bericht aus Bayern. — Ein neuer Chmarplan. / S. 319: Mitteilungen des Bundes Deutscher Osten.

Der gesamte deutsche Osten eine Einheit.

Vor einigen Tagen sprach der Landesführer der Landesgruppe Bayern-Pfalz des Bundes Deutscher Osten, Dr. Hanns Beer, im Auditorium maximum der Berliner Universität. Zusammen mit Dr. Dr. von Leers und dem sudeten-deutschen Kämpfer Dr. Barrau warb er um Verständnis für das Ringen des Sudeten-deutschums und das der bayerischen Ostmark. Die Rede Hanns Beers war Symptom: Ein bayrischer Ostmärker sprach vor preussischen Studenten, die zum großen Teil aus dem Nordosten des Reiches kamen — mit er wurde verstanden. Mehr noch: Seine Sorderung, daß der Nordosten tiefes Interesse für die übrigen Ostfragen und besonders für die erarmte und bedrohte bayrische Ostmark haben müßte, wurde mit Begeisterung aufgenommen. Es war ganz deutlich zu spüren: Die steigende Wärme, mit der Hanns Beer sprach, wuchs aus gelöster Spannung, aus vielerlei unbenutzter Überforderung über den völligen Gleichklang des süddeutschen und norddeutschen Lebens in aufsteigendem Volksgedanken.

Beer leben wir heute. In uns allen wirkt noch die überwandene Zeit nach. Noch sind wir irgendwie überlastet, wenn wir beim andern Volkstum selbstverständliche Hilfsbereitschaft finden. Aufschluß aber ist es schon so: Der Ostdeutsche aus dem Norden oder Süden des Reiches erkennt bereits, daß die Lösung der Reichsfrage, der Lösung der schließlichen Frage oder das Ende der Rot der bayerischen Ostmark eine einheitliche Aufgabe aller Deutschen und besonders aller Ostdeutschen ist. Die Gewinnerlinge, die uns gläubigsten wollen, daß es keine wesentlichen Unterschiede zwischen den Völkern gibt, und alles in einen internationalen Topf werfen, ziehen systematisch Reize zwischen die einzelnen Stämme unseres Volkes. Zwischen dem Bayern und dem Preußen oder dem Württemberger, Oberbayer oder Preußen sollten mehr Unterschiede bestehen als zwischen Deutschen und Franzosen. Alles, was nach Meinung der internationalen vorderebten Partei- und Staatsführer trennen konnte, wurde herausgehoben und unter das Volk gebracht. Weil wir Deutschen in unserer Geschichte noch verschiedene Wege gegangen sind, weil früher Nord und Süd die Waffen gekreuzt haben, verschiedene deutsche Länder entstanden waren, darum sollten wir ewig verdämmt sein, argwöhnlich, misstrauisch, ja feindselig unseren Volksgenossen aus anderen Stämme zu begegnen. An die Macht kamen, wollten nicht den Krieg, sondern den Zusammenbruch mitkriegen lassen, den sie verursacht, und auch nicht für die Wohl unseres Volkes, sondern für ihre internationalen Träume. Darum sollte es nichts bedeuten, daß in vier-

jährigen Ringen alle deutschen Stämme gemeinsam gegen den wahren, den äußeren Feind gekämpft hätten. Dieses Erlebnis wurde zugebedt. Das deutsche Volk wurde in Interessengruppen gespalten und gegeneinandergebracht. Wir wissen es heute: Unnatürlich war die Eiferlust zwischen den Ländern, unnatürlich die kampfhaft verteilte Sorderung nach Erhaltung von Referatortorten, unnatürlich endlich auch die volksföhlischen Forderungen, die aus der konfessionellen Verschiedenheit zwischen Nord und Süd des Reiches entstanden waren. Der Glaube an unüberwindliche Mauern zwischen den deutschen Stämmen hat gemerkt, 14 Jahre lang. Vor dem Staatsgerichtshof für das Deutsche Reich stritten die Länder mit dem Reich. In den Parlamenten feierte der Schahergestir Triumphe. Wenn das verweisselte Ohrenpfeifen um Hilfe bot und ein paar Erfolgsgroßen erhielt, fürsteten andere Interessenten, für sie blieb nichts mehr. Das Gelddenken berstete und zerriß uns. Die unbedeutliche Einstellung, aus hinge vom Volke das Wohl der ganzen Welt ab und aus der deutschen Stämme, verrät die Quelle, aus der dieser Geist kommt. Ob sie Sozialdemokraten, Kommunisten oder Nationalisten mit anderer Farbe waren, sie alle, die in den jüdischen Einfluß geraten waren, regierten nach den Grundfäden der „Rationalität“, der „Rationalisierung“ des internationalen Selbstzweckes das deutsche Volk fast in seinen Untergang.

Diese Gegner hat der Nationalsozialismus niedergebrennt. Und die es noch vorher begriffen haben, denen ist es nach dem 30. Januar zum Bewußtsein gekommen, aber sie werden es noch begriffen, daß alles Erkennende im deutschen Volkskörper zungangslos internationalen wird. Denn der Nationalsozialismus ist einem Wesen nach kein Parteiprogramm. Der Nationalsozialismus ist die Ausdruck geworden weltliche Kraft unseres Volkes. Unser Führer hat sie gemerkt. Er hat uns damit das größte Geschenk gegeben, das Menschen erhalten können: die Fähigkeit, von innen heraus, instinktmäßig, zu handeln. Daher die unüberlebliche Gewalt der nationalsozialistischen Bewegung. Jetzt wirken nicht mehr die volksföhlischen, liberalistischen und marxistischen Gedanken krankhaft Fremdlingshörne, sondern jetzt wirkt allein unsere eigene gesunde deutsche Natur. Darum verliert jetzt der Bayer den Preußen und dieser den Jüdischen Volksgenossen. Wie schon nicht mehr auf die anderen deutschen Stämme mit eiferfüchtigem Brotneid, sondern wir freuen uns über die Mannigfaltigkeit des deutschen, ganz bemutet als Ganzes empfindenden Volkes. Die deutschen Stämme entdecken sich neu, denn nicht das Erkennende kann mehr wirken, sondern nur das



Staatsminister Eiler,

Chmarführer der Landesgruppe Bayern-Pfalz des Bundes Deutscher Osten, Mitglied des Bundesbürokrates.

gemeinsame, im Weltkrieg geborene deutsche Volkstum. Weil uns die nationalsozialistische Idee verbindet, darum gibt es heute und in alle Ewigkeit nicht mehr eine Mainlinie.

Die Ostdeutschen von Nord bis Süd haben das gleiche Schicksal. Die an Polen abgetretenen Gebiete wurden von Deutschen kulturell erschlossen. Als Dank dafür greift der Poole nach der Ernte des Weizens, Roggens und Oberkorns nach Ostpreußen und Pommern. Auch Schömen, das Vorfeld Bayerns, verdenkt seine Kultur den Deutschen. Und die Elben, dieses 3½-Millionen-Volk, wollen aus Dankbarkeit am liebsten das 60-Millionen-Volk seiner Erträge vorziehen, wie die Sonus Raffinerie's Wahnkate zeigt. Im Nordosten und Südosten des Reiches hat die Verfallir Grenzgebiete die gleichen Wirkungen hervorgerufen. Im Norden wurde das große Wirtschaftsgebiet der Provinzen Ostpreußen, Brandenburg, Pommern, Polen und der beiden Schlesien in unfähiger Weise ausgenutzt. Millionen deutscher Volksgenossen wurden polnischer Willkür ausgeliefert. Im Südosten wurde das geschlossene Siedlungsgebiet der Sudeten Deutschen dem tschechischen Staat angegliedert. Die bayerische Ostmark ist als Angliederer der neuen feindlichen Grenze in höchste Not geraten.

Die Ost- und Westpreußen, Brandenburg, Pommern, Schlesien, Ostpreußen und Bayern gehören daher zusammen. Ganz bedingt müssen wir die Verbindungen, die vom Nordosten zum Südosten gehen, pflegen. Jedem Streben muß im gesamten deutschen Osten diese Selbstbestimmtheit sichtbar werden. Wir erkennen, daß das Königreich in der Ostmark, in Posen und bald auch bei Klagenufer in allen Menschen das stärkste Zusammengehörigkeitsgefühl lebendig ist. Auf den Schwung, mit dem wir im Osten arbeiten, kommt es an. Leben muß in unserem Osten geweckt werden, der von den Feinden zum Tod verdammte war.

Von Sinn und Aufgabe des Bundes Deutscher Osten.

Vortrag in der Innungskasse Berlin und am

Die Totalität des Staats- und Volksaufbaues erfordert auch eine Totalität der Oskführung und damit der Oskarbeit. Die Ostfrage ist seit je Lebensfrage des deutschen Volkes gewesen. Auf allen Gebieten der Politik, der Wirtschaft und Kultur bestanden Wechselwirkungen zwischen Reich und Ostmark. Industrie, Landwirtschaft, Verkehr, Wissenschaften und Künste, alles engste verknüpft mit dem entsprechenden Westgebieten. Deutsche Arbeit, der Verkehr verband Ost und West. Der Osten besaß keine Autarkie für sich. Er war und ist ein unauflösliches Stück des Gesamtorganismus; seine Menschen waren und sind ein untrennbarer Teil des Gesamtvolkes. Der Osten war nicht nur Kornkammer des Reiches; aus seiner Bevölkerung zogen sich auch das Volkstum im übrigen Deutschland, nach und nach, zu erkennen an. Das letzte Jahrhundert brachte eine Verklärung des deutschen Tages aus dem Osten nach dem Westen. Auf Jahrhunderte deutscher Wanderung zum Osten, auf die schöpferische Zeit der Ostkolonisation war der Rückblick erfolgt; die Menschen des Ostens wanderten wieder westwärts, in die Großstädte, die Industrieregionen des Reiches. Dadurch verringerte sich die Bevölkerungsdichte der agrarischen Ostprovinzen; wir zählen heute in Ostpreußen nur etwa 40 Menschen auf den Quadratkilometer. Das bedeutet, daß die Bevölkerungsdichte im Osten teilweise nur die Hälfte oder gar ein Drittel des deutschen Durchschnitts erreicht. Die Erkenntnis dieser Tatsache, die sich auch politisch auswirken muß, verlangt einen Neuaufbau unserer Arbeit im Osten.

Die Verbringung einer Million deutscher Menschen aus den durch Verfallir erschlossenen Provinzen der Ostmark in das Reiches von hoher wirtschaftlicher Bedeutung, die Wirtschaftskreis Ostpreußens, die Verschmelzung von tausend Eisenbahnliesen, Chausseen und Straßen, das Leben eines aufnahmefähigen Hinterlandes, die Schwierigkeiten der bayerischen Ostmark, endlich und nicht zum mindesten die Gleichgültigkeit im Reich gegen das Schicksal der Grenzgebiete vergrößerten die allgemeine Krisis. Trotz vieler schöner Reben während der vergangenen 14 Jahre schloß aber das Schicksal im Grunde der Osten aufzugeben ist. Die Staatsführung erschrökte sich in einem peinlichen und schließlich unfruchtbarer Subventionieren, denn man die wenig zureichende Bezeichnung „Osthilfe“ gab. Denn tatsächlich wurde dem Osten ernsthaft und durchgehend nicht geholfen. Die Zahl der ländlichen Bewohnersverlagerungen in den an Polen grenzenden Provinzen überstieg diejenige der übrigen Landes- teile um ein Vielfaches. Das Verbleiben der Ostprovinzen als ein gemerbe des Ostens ist, gerieten auch die anderen Zweige seines Wirtschaftslebens in eine fast unheilbare Verwirrung.

Seit einem Jahrzehnt ist der Osten Schicksalsland unseres Volkes. Ohne die Wiedergewinnung und Wiedereindeutung des einstmalig gemeinsamen, in der Völkerwanderung preisgegebenen Osttraumes wäre ein wirkliches Deutschland nie entstanden. Das deutsche Volk wurde in der Enge zwischen Elbe und Rhein erstickt. Der deutsche Zug des Mittelalters ins Ostland gewann nicht nur ein neues Leben zurück, sondern rettete und sicherte die Zukunft von Reich und Volk. Nach der Reformation gingen die großen Entscheidungen unserer Geschichte vom Osten aus: hier erbaute der

Es wird gelingen, denn wir werden getragen von glühendem Nationalgefühl und neuem tiefstem Gemeinsozialleben. Unsere Regierung, die durch eine Arbeitslosenliste vom Korridor über Berlin, München eine neuzeitliche glühliche Nord-Süd-Verbindung herstellen wird, hat im Nordosten bereits schon kräftig unsere Hilfe zugesagt. Es ist nicht ein neuer Kreis von Arbeitslosigkeit befreit. Rannmehr wird auch in Bayern ein großartiges Hilfsprogramm zur Durchführung gebracht. Jetzt kommt es darauf an, daß jeder ostdeutsche Volksgenosse hinein- springt in die Arbeit und den Angriff unserer Süder gegen die Arbeitslosigkeit, die Vandflucht und die Gefahr, die unserem Volkstum droht, vorantreibt. Jeder muß mitwirken, zum mindesten durch innere Haltung, durch seine Arbeit in einem Aufzuge im Osten und seine Sendung für Gesamtdeutschland. Diese Einstellung treibt die Dankmänner in ihre Winkel und reißt die, die heute noch unzufrieden sind, entweder mit oder gibt, wenn es unüberberrliche Kräfte sind, die Kraft, gegen die Schädlinge mit der nötigen Rücksichtslosigkeit an- zukämpfen. Weiter: Auf beiden Seiten, im Norden und Süden, muß damit begonnen werden, planmäßig Süddeutsche nach Nordostdeutschland und die Preußen nach Bayern für längeren oder kürzeren Aufenthalt zu ziehen. Die Kenntnis, die jeder von seinem Gebiet und dessen Geschichte hat, muß er verbreiten. Die Wisslichkeit muß doktrinarische Schriften liefern, die dem gleichen Zweck dienen. Der Rundfunk muß, wie es in Bayern bereits richtungsgewandt geschieht, für den Osten eingesetzt werden, die Zeitungen müssen aktiviert werden, Eisenbahn, Verkehrsvereinigungen, alle müssen den Osten zusammen- bringen helfen. Das lockert den Boden auf, bringt Bewegung in den Osten und isoliert die Wirtschaft. Die Regierung arbeitet mit dürfen nicht abwärts fallen. Auf die freudige Mitarbeit jedes einzelnen kommt es allein an, wann eines Tages der Osten mit seinen Menschen für das ganze deutsche Volk nicht mehr Sorgenkind ist.

Dr. Zitz.

Deutschlandsender von Dr. Franz Kückle.

brandenburgisch-preussische Staat, hier das Werk Friedrichs des Großen und Bismarcks, hier die Befreiung von 1813, die Einigung von 1871. Als Deutschland 1918 zusammenbrach, kämpfte der Osten weiter, in Posen, in Ostpreußen, in Oberschlesien, mit der Waffe, mit dem Abblimmungsrettel. Die völlige Vernichtung der Ostmark konnte verhindert werden; aber viele Gebiete gingen in fremde Hände über. So hat die Ostmark Ost und nur von Verbänden nach, als Selbst- hülfer und die nationalsozialistische Bewegung die unabhängige, entscheidende Wendung brachte. Die Idee des totalen Staates stieg machtvoll und lieghaft empor; die Idee einer neuen, im Nationalsozialismus verankerten Oskarbeit gewann Leben.

Da die Ostfrage als deutsche Lebensfrage in alle Bereiche des öffentlichen und privaten Lebens eingriff, beschäftigten sich unablässig beherrschbare Stellen und Körperlichkeiten, Regierungen und Ministerien, Kommunalverbände und Kommunen, Universitäten und Anstalten, Organisationen und Einzelpersonen mit dem Osten. Umfaßt war es ein Nebeneinander, vielfach ein Gegeneinander, und oft genug wußte der eine vom anderen nichts.

Jede staatliche Arbeit muß unterbewußt werden durch freies Volkstumsarbeit. So wie jeder Führer zur Erreichung seines Zieles der Gefolgschaft bedarf, Träger freier deutscher Volkstumsarbeit im Osten und für den Osten wurden Verbände, die aus der Not der Zeit entstanden waren. Aus der Ära Bismarcks ragte der Deutsche Ostmarken-Berein in die Gegenwart; aus dem Unglück der Ostmark, der Verdrängung aus heimatischer Stätte und den Abblimmungs- kämpfen bildete sich der Ostpreußen-Berein; und die Provinz der Heimattreuen, Studentische Gruppen, Regimentsvereine und Landsmannschaften der Nieder- und Oberhschlesien, Polen, West- und Ostpreußen — sie alle kämpften dafür, daß der Osten unzerstört bliebe. Aber die Vielgestaltigkeit wurde zum Zweckpunkt. Erst als die Oskbewegung in den Nationalsozialismus einmündete und damit unter die Führung Adolf Hiltlers trat, konnte unter in ihr die Idee der Totalität zur Sieg gelangte.

Es ist das bisherige Verdienst Alfred Rosenbergs, den Adolf Hiltler zum Leiter des Außenpolitischen Amtes der NSDAP berief, daß er dem Gedanken der ostdeutschen Totalität die tragende Grundfläche schuf. Im April d. J. erwiderte er ein Kommissariat des Außenpolitischen Amtes mit dem Ziel, die Ostverbände zusammenzuführen und die Oskarbeit neu aufzubauen. Er berief mit zum Kommissar und zu meinem Stellvertreter einen langjährigen Mitarbeiter Dr. Ernst Otto Kretschmer, Leiter der Landesverbände der Ostpreußenverbände von Brandenburg und Berlin, Saaleiters Wilhelm Rube, be- gründeten wir den

Bund Deutscher Osten.

der im Mai d. J. auf dem hiltlerischen Boden Potsdam, den ersten „Tag des deutschen Ostens“ feierte. Aus dem jungen Reich sind in Menschen, die sich nicht nur dem Namen nach für den Osten hatten kämpfen entfacht, die gemeinsam ein Kennzeichen zum BDO ablegten, der nannmehr berufen war, die zahlreichen einzelnen Verbände in sich aufzunehmen.

Die Vereinigung dieser Verbände war kein ganz leichtes Werk, da der Gedanke der Estallität nicht überall begriffen wurde und ein überhöhter Individualismus sich gegen Vereinblichung und sinnvolle Gleichhaltung wehrte. Man wollte um jeden Preis die Wirksamkeit der Verbände aufrechterhalten und sich mit einer mehr äußerlichen Gleichhaltung begnügen. Der tiefste Sinn des gemauerten Werkes unseres Führers blieb ihnen verborgen, die bis dahin in den Spannungen der liberalistischen Epoche gelebt hatten und nicht zu erkennen vermochten, daß erst ihre selbständige Arbeit ein neues Kräftefeld für Arbeit und Aufbau schaffen konnte.

Um dem Willen der Staatsführung auch in diesem Punkt Nachdruck zu verleihen, erarbeitete der Herr Reichsminister das Innere Dr. Strick mich zu seinem Beauftragten. Inzwischen haben die meisten der bis vor kurzem selbständigen Organisationsgruppen ihre Eingliederung in den unter nationalsozialistischer Führung stehenden Bund Deutscher Osten beschlossen. Mit mehr als tausend Gruppen, die namentlich im ganzen Reich Träger der neuen Ordnung sind, beginnt er sein Werk.

Der Bund ist in Landesgruppen eingeteilt, für deren Aufbau und Ausbau die von mir eingesetzten Landesführer verantwortlich sind. Die Landesführer berufen ihrerseits die Führer der Untergruppen und Ortsgruppen, die von mir beauftragt werden müssen. Zahlreiche neue Gruppen sind im Entstehen; Menschen, die der Obhutange bisher fernstanden, drängen zu uns, weil sie spüren, daß die Obhutange Deutschlands Schlüsselrolle ist.

In jenem Werk: „Mein Kampf“ hat der Führer in scharfen, gültigen Worten die Obhutange umrissen. Es gilt, den Germanen nun nach dem Willen zu folgen, um sie zu richten. Im Ostraum muß sich, wie bereits, das Leben unseres Volkes fundamentieren und gestalten.

In jeder großen Erlebniserebe hat der Führer jede gemeinsame Führung der Grenzfragen grundsätzlich abgelehnt. Der Bund Deutscher Osten, aus dem Ideengang des Nationalsozialismus geboren, weiß, daß mit dem Überleben des liberalistischen Weltalters auch die Grundzüge einer liberalistischen Nationalitätspolitik abgelehnt sind. Gerade der Nationalsozialismus, der sich mit seinem Herrschaftswort nationalsozialistisch bekannt hat, hat jene sogenannte Germanen anderer Nationen ab. Ein Volk, das den Weg zur Nation beschritten hat, das Nation im höchsten Sinne weiß, nicht, daß es andere Nationalität, so wie es die eigene genannt wissen will. Der deutsche Nationalsozialismus distanzieren niemandem, so wie er sich und sein Volkstum von niemandem bifamieren will.

Dies sind die Gesichtspunkte, unter denen der Bund Deutscher Osten seine Verantwortung trägt. Aus der Verbundenheit von Volk und Reich mit dem von schwerer Not bedrängten, zerrissenen und abgetrennten, aber gläubigen und kämpfenden Ostteil ergibt sich die

Einzelarbeit unseres Bundes.

Eine starke Umkehrung muß einsehen; jeder Deutsche muß wissen, welche Bedeutung der Osten besitzt. In allen deutschen Schulen soll ein Tag des deutschen Ostens, an allen Universitäten und Schulen sollen Stunden des Ostens an ihm künden. Von der Grundschule bis zur Hochschule sollen unsere jungen

Menschen erfahren, daß sich seit einem Jahrtausend das deutsche Schicksal im Osten entfaltet. Die meisten Schicksalsgeschichten sind aus dem Osten hervorgegangen. Sie sind entstanden, sind, haben keinen Begriff hierzu; sie behandeln die Obhutange fast wie Bagatellen. Die deutschen Geschlechter vermehren keine wirkliche Kenntnis ostdeutscher Dichtung und Kultur. Des Schrifttum des Ostens verlangt eine besondere Pflege; die Buchhandlungen, die Buchereien haben den Osten immer noch als Stiefkind an, um das man sich nur notdürftig zu kümmern braucht. Wir haben ein reiches literarisches Schrifttum, wir haben schöpferische Geister; man wird das anerkennen müssen, ob es bequem ist oder nicht. Der Rundfunk stellt sich, seitdem er unter nationalsozialistischer Leitung trat, erfreulicherweise kraftvoll in den Dienst der Obhutange; vorher war der Osten kräftiger zu rühren, und auch der Film will nicht völlig zurückbleiben. Auch der literarische Wissenschaft und Forschung bedarf dringend der Obhutange. Wir haben keinen großen wissenschaftlichen Welt, das für wissenschaftliche Forschung verfügbar ist, auf Dinge zu verwenden, die unserem ringenden Volk heute weitestgehend liegen; wir haben aber alle Lüste, unsere Mittel und unsere Kraft in den Dienst der Erforschung des Ostens zu stellen. Auch unsere Gelehrten müssen dem Leben näherkommen; wir können ihnen zahllose Themen nennen, die der Bearbeitung wert sind und den wissenschaftlichen Nachwuchs in der Bestimmung des Ostens zu erziehen, die Obhutange erbringen werden. Im Osten ist so überaus reich an schöpferischen Kräften, an führenden Menschen auf allen Lebensgebieten, an einem Deutschland, daß es der Arbeit von Generationen bedarf, um alles zu schreiben. Dann gibt es Kunst und Künstler des Ostens zu fördern und nicht zum mindesten auch das ostdeutsche Theater zu fördern. Die Frage von Heimat und Volkstum muß vornehmlich werden; es ist ferner, um Mägen zu erziehen; es ist aber Jannoll, Mandart und Sitze, Spiel und Tanz, Feiern und Feste, Lieb und Eracht der ostdeutschen Gane nicht absterben zu lassen, sondern zu erhalten und zu kultivieren.

Daß die Wirtschaft des Ostens in all ihren Zweigen, daß nicht minder der Verkehr neuer Impuls bedarf, daß praktische Grenzlandarbeit notwendig ist, daß der unvergleichlich schöne Osten erwandert werden muß, das sind Wahrheiten, denen niemand widersprechen kann.

zur Durchführung aller hiermit verbundenen Aufgaben sind dem Bund Deutscher Osten Bundesämter und in seinen Landesgruppen Landesämter geschaffen worden, die in ihrem Endziel einen großen Dienst leisten, unser Geschick offener zu machen und in jedem deutschen Menschen das Wissen um seine Verbundenheit mit dem Osten zu wecken. Ich bin vor kurzem von einer Pressefahrt zurückgekehrt, die Vertreter westdeutscher Zeitungen aus dem Rhein-, Ruhr- und Saargebiet nach Ostpreußen und Danzig machten. Sie konnten feststellen, daß in den Kameraden aus dem Westen von Tag zu Tag die Tragfähigkeit wuchs, daß sie sich mit unserem so notwendigen, schicksalsreichen und landschaftlich herrlichen Osten mit immer härteren geistigen Banden verknüpfen fühlten. Einer dieser Kameraden sprach es aus, daß er mit einer journalistischen Schulung nach dem Osten gekommen, daß aber aus ihr eine Lebensaufgabe für ihn geworden sei. Der Bund Deutscher Osten wird darin wirken, daß die Ostmark zur Lebensaufgabe jedes deutschen Menschen wird.

Ostpreußen nicht Insel, sondern Brücke.

Der Gauleiter von Ostpreußen der NSDAP, Erich Koch, hat am 18. Juli einen bedeutsamen Gauleiter herausgesprochen. Er hat folgenden Wortlaut: „Gelegentlich taucht in den Auslassungen von Parteigenossen das Wort von der „Insel Ostpreußen“ auf. Ostpreußen ist keine Insel. Die Brücke Ostpreußens über Westpreußen ins Reich besteht nicht und wird niemals aufgegeben. Die Insel bildet Ostpreußen die Brücke des Reiches in den gesamten Osten. Eine Insel kann solche Aufgaben nicht erfüllen. Sie besteht daher, daß in Zukunft nicht mehr von einer gut nicht bestehenden Insel Ostpreußen, sondern von der Brücke und Vorpollenstellung gesprochen werden soll, die Ostpreußen für das Reich darstellt. Genau so wenig wie es eine Kostenang Ostpreußens von Preußen gibt, genau so wenig kann man von der „Insel Ostpreußen“ sprechen. Mit dem Beschluß ist endlich einseitig Stimm gemacht worden gegen das gedankenlose Schwärzen von der Insel und der „Kolonie“ Ostpreußen. Ebenso falsch ist die Bezeichnung „Polnischer Korridor“ für das abgetrennte Westpreußen. Höchstens vom Weichsel-Korridor kann die Rede sein. Die planmäßige nationalsozialistische Erziehung wird auch hier Wandel schaffen. Es muß dahin kommen, daß nicht nur die Ostpreußen die Befehle ertreffender Bevölkerung für Probleme oder Teile unseres Osttraumes als gefährlich erkennen, sondern auch die übrigen Volksgenossen. Es gibt auch deutsche missionarische Führer und Landkanten, in denen die Namen der zu Polen gekommenen deutschen Ströme und Ortsnamen polnisch benannt sind. Nur uns heißt die Weichsel immer noch Weichsel und nicht Wisla, und ihre Städte kennen mit nur unter den alten Namen Dirschau, Graudenz, Thorn und Bromberg und nicht unter Trzew, Grudziazd oder Iohnite.

Statistik der polnischen Telegraphenämter.

Nach einer neuen Statistik gibt es in Polen 4972 Telegraphenämter, von denen 3949 öffentliche Ämter der Post- und Telegraphenverwaltung sind, während 1023 Ämter von der Eisenbahnerverwaltung betrieben werden. 114 Ämter sind Tag und Nacht tätig, 86 bis Mitternacht, 308 bis 22 Uhr, die übrigen nur einige Stunden am Tage. Der größte Teil der öffentlichen Ämter des Reiches befindet sich in den ehemals preussischen Gebieten.

Aus der Eschelei.

Wie uns die Landesgruppe Schlesien des Bundes Deutscher Osten mitteilt, hat das Preger Volksbildungsministerium durch Erlaß an alle im untersten Schuljahr verweist, daß alle Lehr- und Vermittlungsstellen in der Ostschlesienrepublik beseitigt und dem Ministerium zugelassen sind, bis zum 1. Oktober 1933 aus den Schulen verdrängt werden können.

Da die deutschen Schulen in der Ostschlesienrepublik umfaßt 40 v. H. reichsdeutsche Lehrmittel und 50 v. H. reichsdeutsche Lehrmittel bedeuten, richtet sich diese Maßnahme eindeutig gegen das Deutsche Reich.

Der Erlaß bringt dazu die erarbeiteten deutschen Gemeinden in eine schwierige Lage. Entweder muß der Schulbetrieb mit dem Resten der Lehrmittel kämmerlich weitergeführt werden oder die Gemeinden müssen zur Anschaffung neuer Lehr- und Vermittlungsstellen Schulpfand, aber deren Deckung man sich noch im unklaren ist.

Das Ministerium kündigt in diesem Erlaß Kommissionen an, die jede Schule besuchen und Lehrer und Schulleiter, die dem Erlaß zuwiderhandeln, bestrafen werden.

Wir gehören zusammen; wenn wir uns kennen, werden wir uns besser helfen können.

Bayern, kommt nach Ostpreußen.

Die Bayern roden den Nordwald.

Der Kampf um Volksgrenzen und Staatsgrenzen wird heute auch mit wissenschaftlichen oder wissenschaftlich-hegemonialen Argumenten geführt. Bis in die Zeit der ersten Besiedlung eines Landes verlaufen die kämpfenden Völker, den Raubzügen darüber zu führen, ob ein Volk das erste ist, das das Land unter den Pflug genommen hat, oder ob es erobert andere Völker verbrachte. Wenn auch derartige Feststellungen wenig genug über die gegenseitige Volkszugehörigkeit der Bewohner eines Landes auslegen, so ist es dennoch wertvoll, zu wissen, daß nicht nur die gegenwärtige Bevölkerung eines Grenzlandes deutsch ist, sondern daß es in ununterbrochener Geschlechterfolge u. r. Deutsche waren, die den Pflug durch das Land zogen. Die bayerische Ostmark im weitesten Sinne, nicht nur das staatsbürgerliche Grenzgebiet, sondern auch das ihm vorgelagerte deutsche Sprachgebiet in Böhmen, das Egerland und der Böhmerwaldgau, können den Kampf der Wissenschaft siegreich belegen, u. r. deutsches Land im wahren Sinne des Wortes zu sein.

Wenn auch manche Philologen in selbstmörderischem Eifer noch einigen japhethen Ortsnamen in frankischen und oberpfälzischen Grenzgebiet suchen, deren slawischer (keinswegs slawischer) Ursprung durchaus nicht sicher ist, so kann es sich an den wenigen Stellen, an denen einleuchtend einmal Slawen gesiebelt haben, nur um einige ganz geringfügige Siedlungen handeln, die entlang den weglamern Tälern von Böhmen aus durch die Grenzwälder „durchgesickert“ sind. Irigend ein slawischer Anspruch auf dieses angeblich „aristokratische“, gemischt germanisierte Gebiet, wie er von slawischer Seite häufig erhoben wird, ist unsinnig, weil es eben niemals in Ostbayern irgendwelche nennenswerten slawischen Siedlungen gegeben hat.

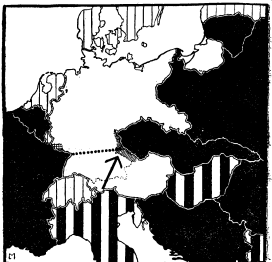
Im Wirklichkeit war die siedlungsgeographische Lage zwischen Bayern und Böhmen nach der Überjüngung des bayerischen Stammes von Böhmen nach Bayern am Ende der Völkerwanderungszeit etwa folgende:

Die Bayern besiedelten das Gebiet zwischen Donau, Oetz, Alpen und Enns, sowie die weglamern Täler nördlich der Donau. Wahrscheinlich haben sie auch Böhmen niemals ganz verlassen, da nicht anzunehmen ist, daß der Sturm über eine so durchgreifende Organisation verfügte, daß er bis zum letzten Mann das alte Siedlungsgebiet gekümmert haben könnte.

Die Kerngebiete Böhmens wurden zu dieser Zeit von slawischer Bevölkerung besiedelt. Slawische Deutsche und Slawen aber schon sich als riesenhafter Grenzwall der Nordwald ein, der damals ein ununterbrochener Urwald-Komplex von der Donau bis zum Nistelgebirge war. Waldstamm, wie noch heute, ließen die Slawen die Waldbrände völlig unberührt. Sie lie war der Wald nicht Siedlungsgebiet, sondern Grenzwälle, die durch Verhauen noch unwegemacher gemacht wurde. Er sollte eine unüberwindliche natürliche Stellung gegen Osten sein.

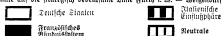
Sans anders fand der bayerische Stamm den Nordwald gegenüber. Nachdem die Bayern zuerst ihre Kolonisation Alpenrindwärts

Schritt für Schritt erkämpften sich die Bayern Ausland. In nördlicher und östlicher Richtung ließ die Kulturarbeit der Mönche aus Regensburg, Passau, Bamberg und später aus den großen Siedlungsstätten Niederaltai, Metten und Waldblassen in die Wildnis vor. Noch heute können wir an Urkunden den Weg des Seligen Gunther verfolgen, der um das Jahr 1000 Niederaltai verließ und sich, kaum einen Kilometer von einer geraden Linie abweichend, den Weg quer



Die Lage der Bayerischen Ostmark im gesamtdeutschen Grenzstumpf

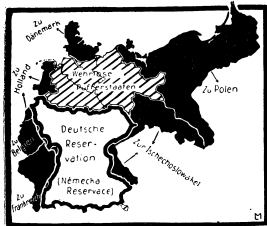
(Der Pfeil weist auf die durch Carlreute gelegene germanische Lager Ostmark, die heute ein die strategisch bedeutsame Linie (Süd 1. 20. - Wiedenburg 1. 2.)



durch den Wald bis nach Gutwieser in Böhmen erkämpften. Eine Siedlung nach der anderen gründete er auf seiner kühnen Fortschrittsfahrt. Neben die geistliche Kolonisation trat wäsend und nach den Ungarneinfällen die weltliche der großen Abteisklöster. Schließlich übernahmen die Klöster in dem gefährdeten Land wiederum die meiste Kulturarbeit bis zur vollen Raumerfüllung durch die deutsche Siedlung. Wie hart der Kampf gegen die Naturgewalten war, sehen wir an einem vergilbten Blatt einer alten Chronik, die berichtet, daß Abt und Mönche des Siedlungsklosters Schögl im Jahre 1218 auf der Grenzwauch verbrannten, da im Winter die Verbindungen zu den gefährdeten Vorkosten nicht gehalten werden konnten. Trotz dieser übermenschlichen Schwierigkeiten, in denen schon vor fast einem Jahrtausend das harte Thema der Ostmarknot anklingt, gelang das Siedlungsmerk. An seinem Ende finden wir den ganzen Nordwald im Besitz des bayerischen Stammes, finden wir diesseits und jenseits der heutigen Reichsgrenze deutsche Siedlungen, die bis auf den heutigen Tag das Bild vollständiger kultureller Einheit bewahrt haben. Nicht nur dem Reich der Erben, sondern auch mit dem der Toten, die mit Kohle und Eisenpfahl die Urwaldpfähle des Nordwaldes in besiedelte Kulturlandschaft verwandelt haben, können wir Bayerns Ostmark, Böhmerwaldgau und Egerland als urdeutsch bezeichnen.

Die heutige Generation muß zeigen, ob sie fähig ist, wenigstens in norteligen, was ihre Väter ermaßen haben. Seinliche Beweismittel an Recht und Besitz. Ganz Deutschland erwache und weise sie in ihre Schranken!

Dr. Kurt Trampler-München.



Die Aufteilung Deutschlands nach dem Plan des Zischen Janus Ruffner

und donauabwärts normärtsgetrieben hatten, griffen sie in sicherem geopolitischem Instinkt auch nach dem Nordwald. Sie mußten, daß ihre Nordostgrenze nur dann gesichert sein würde, wenn sie die ganzen Grenzgebirge bis an den Osthang ihrem Machtbereich einliederten, und diese Eingliederung konnte für ein Bauernrecht in der vollständigen Raumerfüllung durch Siedlungen bestehen. Den Süßen entlang nördlings durchbrangen die Siedler die Uferlosigkeit des Waldmeeres, gliederten die Landschaft in übersehbare Feldgebiete auf, rodeten und siedelten. Klöster und Abteisklöster hatten schon vor den Ungarneinfällen mit der Besiedlung des Waldlandes begonnen.

**Besucht die bayerische Ostmark,
ihr Waldgebirge ist schön!**

Kampf um Deutschböhmen, das Vorfeld der bayerischen Ostmark.

Dem Bund Deutscher Osten ist die Aufgabe gestellt, den ganzen deutschen Raum zu einer Einheit des kulturpolitischen Willens und Handelns zusammenzufassen. Wo werden die slavische Weltpolitik nur auf eine regional zerstückelte deutsche Behörde stößt, steht sie heute einer geschlossenen Gemeinschaft entgegen. Die Aufgabe des Bundes ist es, das Deutsche Reich, dessen Kampf bisher im Reich viel zu unbekannt geblieben ist, bedeutet diese Aufgabe eine besonders tiefgreifende Wandlung. Doch heute kann die Ansicht hören, gegenüber der tschechoslowakischen Frage es kein eigentliches Ostproblem, denn mit Ausnahme des von Schloffen abgetrennten Südtiroler Landes sei ja die Reichsgrenze die gleiche wie die ehemalige Reichsgrenze gegenüber der tschechoslowakischen Frage. Und diese Auffassung mögen sich Normaljuristen freuen. Volkspolitisch ist sie jedenfalls unrichtig. Denn jenseits der heutigen Reichsgrenzen gibt es eine Grenzlinie, fest in das Bewußtsein der volkdeutschen Bewegung eingegraben, die nach dem Selbstbestimmungsrecht der Völker von der Bevölkerung in des Trage kommenden Raumes geschlossen war. Am 5. November 1918 kam zwischen dem Deutschen Reich und den alliierten und assoziierten Staaten ein Friedensvertrag zustande nach dem das Selbstbestimmungsrecht der Völker ein Grundprinzip für die Neuordnung Europas sein sollte. Auf Grund dieses Rechtstitels erklärten die deutschen Gemeinden Böhmens, Mährens und Schlesiens ihren Anschluß an den neuen Staat Deutsch-Ostreich, der für durch das Staatsbürgerschafts- und Ausbürgerungsrecht in seinen Staatsbereich aufnahm und darüber hinaus den Zusammenfluß des gesamten deutsch-sprachigen Siedlungsgebietes mit dem Deutschen Reich festlegte. Die tschechischen Böhmen, die während unserer Partner auf der Pariser Friedenskonferenz hat vor diese aus dem Willen des Volkes selbst gebildete Grenze wieder unfähig gemacht, das deutsche Volk aber ist sich ihrer heute noch bewußt und mißt sie sich als Volk an, wenn es sie nicht mit dem ganzen Einfluß seines Willens verteidigt. Unser Volkskönig Adolf Hitler hat den Willen in dem Willen klarer Ausdruck gegeben, indem er in seiner großen außenpolitischen Erklärung, daß das deutsche Volk nicht beabsichtigt, andere Völker zu germanisieren, doch es sich aber mit aller Entschiedenheit gegen jeden ähnlichen Vorgang gegen das Deutschtum wende. Niemand müßte für dieses Streben der völkischen Selbstvervollständigung bei Verdächtigungen aus der tschechischen Außenpolitik befürchten, daß der Deutsche Reich, selbst bei der Selbstbestimmungsfrage des Volkes, die Patriotismus mit der Liebe zur Kultur des eigenen Volkes und die Achtung vor der Kultur des anderen Volkes. Es gibt keine allgemein menschlichen Kulturen, sondern nur nationale.

Der tschechoslowakische Staat ist nach diesen hohen Grundätzen weder entstanden, noch hat er sie während seines bisherigen Bestandes gewahrt. Von jener Zeit an, als die tschechischen Böhmen, Mähren und Schlesiens die neue tschechoslowakische Republik zu bilden suchten, hat die tschechische Außenpolitik vor die Tore von Berlin und bis nach Regensburg und Passau auszuweichen wollte, der das Deutsche Reich nur als eine deutsche Reservation nach dem Muster der amerikanischen Indianerreservationen bestehen lassen wollte, bis zu dem Zeitpunkt, wo jede Schule und jede Arbeitstätte, der heute in Böhmen die tägliche Wort der deutschen Volksangehörigen ist, hat die Politik des mächtig gewordenen tschechischen Herrschers die gleiche klare Linie verfolgt: zu kämpfen gegen deutsches Volkstum. Sind auch auf der Pariser Friedenskonferenz die mitreisenden tschechischen Pläne, die tief in das deutsche Lebensgebiet hineingriffen, abgelehnt, so ist dennoch die Annexion Südböhmenlands nicht weniger widerrechtlich als es die Annexion irgendeiner anderen tschechischen Gebiete im Selbstbestimmungsrecht gewesen ist. Die erste tschechische Staatsbildung in dem innerböhmischen Raum, dem von den tschechen heute beanspruchten Gebiet ist getragen von einem Deutschen, dem fränkischen Kaufmann Samo. Als Vernehmer auf allen Gebieten der menschlichen Kultur wurden deutsche Siedler von den slavischen Stämmen selbst ins Land gebracht. Bayern, Schwaben, Kärntner und Gelernte wurden nahezu ausschließlich aus dem Deutschen Reich herbeigeführt. Die bayerische Untertänigkeit trat als erste deutsche Untertänigkeit ins Leben, die heutige Hauptstadt der tschechoslowakischen fand bis in die Gegenwart hinein unter deutschem Stadtrecht. Wie heute ein Vexikon der tschechischen Sprache durchblättert, wird überall slavisierte deutsche Worte für alle Gebiete der gehobeneren Kultur finden als Zeichen, daß die Deutschen die Vernehmer des Landes waren. Die tschechoslowakische Kultur durchdringt sich in all den tschechischen Gebieten, die ehemals zur böhmischen Böhmen gehörten, deutsche Denkmäler, der Baukunst finden. Es läßt sich kaum ein Stadtbild von deutschem Aussehen denken als das der Hauptstadt Prag mit seinen Türmen über die Moldau, dem St.-Veits-Dom, dem Hradčiny, jener impolanen Königspfalz, die niemals aus dem Phantasie des tschechischen Volkes emporgerichtet wäre. So ist ganz Böhmen, nicht ein tschechisches Siedlungsgebiet, auch dort, wo es nicht deutsches Volkstum ist, mit dem deutschen Reich verbunden. Ein Land, dessen Entstehung auf die deutsche Kultur zurückzuführen ist durch den außerordentlich starken Anteil der deutschen Kultur an seiner gesamten Entwicklung. Deshalb wäre nichts selbsterklärender, als daß das tschechische Volk in der engen Zusammenarbeit mit dem deutschen Volk eine gegenständige Kraft haben

und auf ein freundschaftliches Verhältnis zwischen beiden Völkern den größten Wert legen würde. Unter dem Einfluß der Gedankenwelt der französischen Revolution und seiner nur staatlichen Denkmäler aber hat, abhängig von Paris, der tschechoslowakische Staat die Bahn dieser freundschaftlichen Zusammenarbeit nicht bestritten. Er hat es aber eine bestimmte konsequente Politik der Entnationalisierung gegen die 3 1/2 Mill. Deutschen der tschechoslowakischen, die nicht weniger als 25 v. H. der gesamten Staatsbürgerschaft der tschechoslowakischen ausmachen, in der ja bekanntlich das tschechische Volk nicht einmal die Hälfte der Bevölkerungsziffer erreicht. Wenn wir nachdenken, in den aller-einfachsten Grundrissen den Kampf des tschechoslowakischen, zu unterrichten, er hat folgendes Bild: Die tschechoslowakische Politik ist im allgemeinen nicht der politischen Methoden, die von ununterbrochenen Gewalttaten gefolgt, sondern hat im Gegenteil darauf Wert gelegt, die deutsch-feindlichen Maßnahmen nach außen gedrückt zu tun. So hörte man zwar von der tschechischen Politik weniger als von der polnischen, dafür aber war sie in manchen Punkten wesentlich folgerichtiger. Ein radikales Beispiel dafür ist die Bildung und das Bestehen des tschechischen Volkstums, seit langem zu einer Sprengung der geschlossenen Mauer des deutschen Siedlungsgebietes und schließlich zum Aufgeben des deutschen Volkstums in der tschechischen Nation führen. Zunächst einmal hat man darauf Wert gelegt, die tschechoslowakischen des deutschen Siedlungsgebietes mirksam zu durchbrechen, indem tschechische Deutsche in die tschechische Nation setzte sie in die entlegenen Gebiete des Staates und pflanzte in das deutsche Siedlungsgebiet eine tschechische Wasmensicht ein. Man brachte durch öffentliche Arbeiten Nationalisten in das deutsche Sprachgebiet. Man leitete die Vermaltungseinheiten ein, so, daß man sie in manchen abhängigen große deutsche tschechische zerstückelte. In der tschechischen Nation ein tschechisches Siedlungsgebiet, einer Einheit vereinigt wurden, so daß die Deutschen, aufst in deutschen Verwaltungseinheiten zusammengeführt zu sein, in gemeinschaftlichen Verwaltungseinheiten hoffungslos unterdrückt Minderheiten wurden. Die ersten entscheidenden Schritte aber fielen auf dem Gebiet der Wirtschaft. Ein tschechischer tschechischer Politik, die letzte der tschechischen Wirtschaftspolitik das Ziel, das Vermögen der tschechischen Bevölkerung auf dem Umweg über die Staatskassen in tschechische Hände überzuführen. An der Zeit ist das weitgehend gelungen. Nach der Bekannmachung einer tschechischen Wirtschaftspolitik — ist für mich hier mit Absicht auf eine Ziffer aus einer gemeinlichen Veröffentlichung — bringen die Deutschen, die 25 v. H. der gesamten tschechischen Bevölkerung ausmachen, 50 v. H. der gesamten tschechischen Staatskassen ein. Die tschechische Bevölkerung in das Doppelte überbezeugt sind, erhalten sie bei der Rückverteilung der Steuern in Form von staatlichen Ausgaben fast nichts. Das deutsche Schulwesen wird wirtschaftlich eingeeignet, tschechische Industrien erhalten Subventionen, deutsche erhalten keine, überall ist für tschechische Zwecke Geld da, während gegenüber deutschen Anforderungen die Staatskassen verschlossen bleibt. Diese Verstaatlichung des Deutschen wirkt um so empfindlicher, als die wirtschaftliche Kraft des deutschen Volkstums bereits weitgehend durch Enteignungsmaßnahmen aller Art gebrochen ist. Rund 300 000 Hektar landwirtschaftlichen Bodens und noch mehr verstaatlichtes Waldgebiet im Wert von Millionen tschechischen Kronen ist dem deutschen Volk genommen worden, ohne daß es eine auch nur halbwegs rechtliche Entschädigung dafür erhalten konnte. Die tschechische Annexion der tschechischen tschechischen Kriegsangehörigen, die sich nahezu ausschließlich in der Hand der Deutschen Böhmen befand, hat die deutsche Volkgruppe ebenfalls einen empfindlichen wirtschaftlichen Schlag erlitten. Durch fortgesetzte Überbesteuerung und Verstaatlichung ist die deutsche Volkgruppe immer weiter in ihrer wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit herabgedrückt worden. Was sich erst im Jahr zwei Jahren in der tschechoslowakischen Politik, die tschechische Wirtschaft zu ruinieren, in der tschechischen Bevölkerung eine tschechische Abwärtung der Arbeitslosigkeit auf die Schultern der deutschen Volkgruppe. Während es in allen Ländern der Erde üblich ist, daß öffentliche Arbeiten tunlichst an die ortsansässige Bevölkerung vergeben werden, erhält im ganzen deutschen Sprachgebiet in Böhmen kaum eine deutsche Firma einen tschechischen Staatsauftrag. Nicht einmal die Arbeitskräfte, mit denen die tschechischen Firmen die Arbeiten ausführen, sind deutsch. Die deutschen Arbeitslosen müssen untätig zusehen, wie bis zum letzten Erderbeiter für alle Rebutanten um. Arbeitskräfte aus dem Innern Böhmens in das deutsche Sprachgebiet importiert werden. Schon zum Anfang dieser tschechischen Kampagne finden wir daher die erlösende Ziffer, daß die Arbeitslosigkeit in den tschechischen Gebieten auf die doppelte Höhe der Arbeitslosigkeit in den tschechischen Gebieten ansteigen ist. Verarmendes Deutschtum bereichert das tschechische, das ist das Ergebnis einer vierzehnjährigen tschechischen Wirtschaftspolitik im böhmischen Raum. Die wirtschaftliche Gefährdung der deutschen Volkskraft hat selbstverständlich ihre für das Volkstum empfindlichsten Auswirkungen im kulturellen Leben. Denn die künstlich ge-

jeugte Armut der deutschen Bevölkerung verdrängt es, vor allem auf dem Gebiete des Schulwesens, der (sicherlichen) Kulturpolitik wirkliche Gegenmaßnahmen gegenzuführen. Einmal deutsche Schulklassen wurden nach dem Kriege aufgelassen, die deutschen Schulen sind verrotten. Dafür wird schon für ein stöcherliches Kind ein Schulpaß erteilt. 1200 dieser (sicherlichen) Erziehungsschulen sind in deutschen Sprachgebiet errichtet worden und zehntausende deutscher Kinder sind vor allem aus Gründen der wirtschaftlichen Abhängigkeit ihrer Eltern von (sicherlichen) Arbeitsgelegenheiten in diese Schulen verteilt worden, in denen sie, wenn nicht ernsthaft nachhelfen, so doch schon in der älteren Generation mitbewerben kulturell verbackt werden. Wie gefährlich dieses ganze Vorgehen ist, zeigt, daß deutsche Städte, z. B. Barmen, die noch vor zwei bis drei Jahrzehnten rein deutsch waren, bereits heute nicht mehr den deutschen Bevölkerungsanteil aufbringen, der notwendig wäre, um sie auch nur als gesamtprovisorisch anzuerkennen zu lassen. Der gesamtprovisorische Kampf des Schwammes, der gerade in diesen Wochen wieder mit Massenverhaftungen von Sudeten-Deutschen eingeleitet hat, mag das übrige tun, um dem ganzen deutschen Volk die Augen über die unzulänglichen Ziele der (sicherlichen) Politik zu öffnen.

Für das deutsche Volkstum ist es selbstverständlich eine schmerzliche Erkenntnis, daß es außerordentlich ist, das von der deutschen Volkstümlichkeit jenseits der Reichsgrenze unmittelbar zu erleiden. Im wesentlichen ist der Kampf des Schwammes, der gerade in diesen Wochen ein Kampf ist, auf die Selbsthilfe der bodenständigen Deutschen gestellt ist, die hier unter der Schere des äußeren Druckes

dazu entschließen sollten, sich in Einigkeit gegenseitig die Hände zum Kampf um die Selbstbehauptung zu reichen. Dieser Kampf wird aber nur dann erfolgreich sein können, wenn die Deutschen in Schwamm zugleich müssen, daß sie der moralischen und kulturellen Unterdrückung des deutschen Gesamtvolkes ihrer sein können. Hier hat jeder einzelne von uns die Pflicht zu erfüllen, die reichsdeutsche Grenzgebiete kulturell stark zu machen, daß sie zu lebendigen Ausstrahlungspunkten deutscher Kultur über die Reichsgrenze hinaus werden. Hier hat jeder die Pflicht, das seine dazu beizutragen, den kulturellen Selbstbehauptungskampf des deutschen Volkstums in Schwamm durch geistige und materielle Hilfe zu unterstützen. Vor allem aber ist es wesentlich, daß die Deutschen Schwamm das Bewußtsein haben können, daß das ganze deutsche Volkstum ist als ein untrennbarer Bestandteil des deutschen Gesamtvolkes anhet und entsprechend ihrer Leistung und Bedeutung in der gesamtdeutschen Geschichte dem Durchsetzungskampf des deutschen Volkes auf der Erde einbezogen. Es ist ein großer Unterschied, ob diese 1 1/2 Mill. Deutschen als sogenannte Minderheit den 6,7 Mill. Tschechen gegenüberstehen oder ob sie dieser geringen Zahl des (sicherlichen) Gesamtvolkes als unlosbarer Bestandteil des deutschen 100-Millionen-Volkes entgegenstehen. Schon dieser kleine zahlenmäßige Abzug zeigt, daß einfach der Lebenswille des deutschen Gesamtvolkes, wenn er sich föhig umsetzt in harte Kämpfe der gegenseitigen Hilfe, letzten Endes den Sieg über die deutschfeindlichen Kräfte erringen muß, ohne daß fremdes Volkstum darunter leidet.

Bayerische Ostmarkenhilfe.

Auf einer Amtsammlung des Kreises Sandshut-Silsbiburg, machte Kultusminister Schönm aufsehensregende Mitteilungen über eine bevorstehende Ostmarkenhilfe, die den bayerischen Ostgebieten durch wirtschaftliche Planung größten Stills wirkliche Hilfe bringen soll. Im Rahmen eines über Jahre fortwährenden Wirtschaftsplanes soll die wirtschaftliche Entwicklung der bayerischen Ostmarken gefördert werden. Der Minister machte im weiteren folgende Ausführungen: In den letzten Tagen und Wochen haben mit maßgebenden Firmen und zuständigen Stellen im Reichswirtschaftsministerium wirkliche Verhandlungen über den Ausbau der deutschen Nord-Süd-Wasserstraßen stattgefunden, die erst jetzt infolge der strengen Zusammenfassung der Reichsgrenze in einer Hand zur Durchführung gelangen konnten. Insbesondere der Rhein-Schiffahrt, deren Schiffsverkehr seit Jahren unbenutzt stand, haben ihre Mitwirkung zugesagt. Es handelt sich um die Fortführung der bis Würzburg bereits geschaffenen Verbindung von Bamberg bis Regensburg. Es ist eine Erstklassige des Balkans und Österreichs ins Auge gefaßt.

Die Erschließung wird aber vor allem der notleidenden bayerischen Ostmark zugute kommen. Besonders bemerkenswert ist die Tatsache, daß Ausländer durch, daß das Projekt ohne Reichsmittel, lediglich durch Privatinitiativen durchgeführt werden kann. Von einer Firma sind bereits 40000 RM. in Aussicht gestellt worden. Aus den Möglichkeiten, die die Durchführung des Planes eröffnen, verdient besonders folgende Punkte Beachtung: Staatsumfänglicher Ausbau des rheinisch-meißnischen Industriegebietes an Österreich und die Donauländer, die Grenzschiffahrt Österreichs mit Böhmen kann gänzlich von Deutschland übernommen werden; Abhängigkeit der bayerischen Ostmark für Brauchstoffe und Holz bis an die Ostsee. Die Schaffung des großen Schiffahrtsweges brachte eine großdeutsche Orientierung der bayerischen Ostmarken Wirtschaftskräfte. Die vom Reich unterstützten Banken und die mit finanziellen Mitteln ins Leben gerufenen Schiffskreditbanken könnten als Träger der Finanzierung herangezogen werden.

Gebt der bayerischen Ostmark Arbeit!

Eine in ihren Erzeugnissen außerordentlich vielfältige Wirtschaft hat im bayerischen Ostgrenzraum von Hof bis Passau der Grenzlandbevölkerung das Existenzminimum geschaffen, das durch die Erträge der Forst- und Landwirtschaft nicht erreicht werden kann.

Die Existenz der Grenzlandbevölkerung und damit die volkspolitische Sicherheit des bayerischen Abschnittes der Ostgrenze des Reiches hängt im wesentlichen davon ab, ob ausreichende Aufträge der Ostmark das Minimum des Lebensunterhalts unumgänglich notwendig ist.

Aufträge aus Einzelhandel, Großhandel und Industrie, vom Reich, Staat und Gemeinden, von Privat- und Staatswirtschaft könnten und müßten dieses Grenzgebiet an deutscher staatspolitischer Feindgrenze vor dem nationalen Untergang retten, denn die Vielfältigkeit der Waren, die die Wirtschaft dieses Gebietes — notwendigerweise und aus vielerlei Gründen zwangsläufig qualitativ hochwertig und preiswert — erzeugt, geben jedem Kaufmann, jeder Behörde, jedem Industrieherrn im weiten deutschen Vaterland die Möglichkeit, durch Aufträge, groß oder klein, der bayerischen Ostmark Rückhalt und Kraft zum wirtschaftlichen und völkischen Grenzkampf zuzuführen.

Die bayerische Ostmark liefert:

Holz, Holzwaren, Holzprodukte, Holzgebäude, Holzmöbel für Garten, Haus und Wohnung, Holzpräparate wie Papp- und Zellbretter, Holzleim, alle Papierarten.

Metalle für Industrie- und Bauverwendung, Metallfertigerwaren, u. a. Kaufgegenstände, Textil-, Bekleidungs-, Textilwaren — die verschiedensten Drabarten, Wolframessler und Sägen.

Wabern — handgewebt und maschinell in Seiden, Halbseiden, Baumwolle, Wolle. (Wäscheleinen, handgewebte reinwollene Tücher, Kleider- und Schlafdecken u. a. m.)

Handarbeiten — handgeflochten — handgeflickt (Decken, Hüften, Handtücher, die sog. ersten Frankenswald-Arbeiten, Bad Stebener Handarbeiten.

Steine, Naturstein- und Kunststeinerzeugnisse, u. a. Gipsalt- und Quarzflotter, Pfaltersteine — Steinzeugwaren, Kunstmarmor, Spilleisen, Wolldecken.

Erden — Tonerzeugnisse, z. B. Blumentöpfe, Ofenbacken, Porzellan, z. B. Rosenhaiser, Gipskerzenhalter, Gipskerzen, Edelstein, Mohlenstein, Thomas, Eisenstein u. a. bekannte Firmen.

Kristall- und Glas-Erzeugnisse zur industriellen und sonstigen Weiterverarbeitung (z. B. optisches Dreiecksglas) sowie Glasfertig-

waren, u. a. Zierleier Kristall, Bier- und Weinschalen, Flaschen für chemische, pharmazeutische, medizinische, kosmetische Zwecke.

Konserven: Waldbeeren, Cerealien, Obstkonserven, Strauchjäfte (65 u. 5. rein Zucker), Gemüsekonserven.

Flechtarbeiten: Röhre oder Arten für Post, Eisenbahn, Heer und Marine, Geflochtenes, Strohkörbe — kunstgewerbliche Bast- und Strohflechtarbeiten.

Leder und Lederwaren (Schuhleder, Skijacke, Militär-, Reitkleid — Zigarrentaschen, Schreibmaschinen).

Perlmutter-Erzeugnisse, vor allem Knöpfe in allen Größen, Arten, Webungen und Qualitäten.

Bürsten- und Besenfabrikation, Bettfedern- und Daunenvorbereitung.

Sonder- und Einzelerzeugnisse — Komrauer Mineralwasser (alkalischer Sauerbrunnen), Webelätter, Webelöffel, Steatit — Magnesia, Aluminiumsilicate. Wiesauer Febkuch u. a. ohne Stempel), Seifenwaren u. a. m.

(Es eine kleine Auswahl aus den einzelnen Warengruppen ist hier gebracht.)

Staatsminister Esser.

Der Schirmherr der Landesgruppe Bayern-Pfalz des Bundes Deutscher Eltern, Staatsminister Hermann Esser, ist am 29. Juli 1900 zu Koehros, Bezirksamt Dahnau, geboren. Er besuchte die Volksschule und anschließend das Humanistische Gymnasium in Rempten im Allgäu. Als 17jähriger Kriegesfreiwilliger trat er in das 801. bayrische 9. Feldartillerieregiment ein. Am Sommer 1918 erfolgte die Einberufung ins Feld zum 801. bis zum Feldartillerieregiment. Im Jahre 1919 Eintritt in die berufliche Arbeit. Im Jahre 1920 wurde Staatsminister Esser erster Schriftleiter des „Wöchentlichen Beobachters“. Als 22jähriger Freiheitskämpfer wurde er zu drei Monaten Gefängnis verurteilt wegen Sprengung einer separatistischen Versammlung zusammen mit dem Südbayer Adolf Hitler. 1923 wurde er Propagandaleiter der Partei, 1924 Reichspropagandaleiter der Großdeutschen Volkspartei, dann in der Reichspropaganda des Reichspropagandaleiter der neugegründeten Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei. Staatsminister Esser hat die Mitgliedsnummer 2 der NSDAP. In den Jahren 1926–1932 wirkte er als Hauptchriftleiter des „Nationalistischen Beobachters“, 1928 wurde er Mitglied des Kreisrats von Oberbayern. Vom 6. Dezember 1929 bis zum 22. April

1933 war er Mitglied und Fraktionsführer der NSDAP im Münchener Stadtrat. Am 24. April 1932 erfolgte seine Wahl in den Bayerischen Landtag. Am 5. März 1933 wurde Staatsminister Esser Mitglied des Reichstages. In rascher Folge wurde er am 9. März zum Staatsminister für b. d. ernannt, am 17. März 1933 zum Staatssekretär, Abteilung Arbeit, am 12. April 1933 zum Staatsminister und Chef der Staatskanzlei. Minister Esser wurde am 28. April Präsident des Bayerischen Landtages.

Staatsminister Hermann Esser ist einer der eifrigsten Förderer der Ökonomie des Führers, dessen ältester Mitkämpfer er ist. Seine besondere Sorge gilt der verkehrspolitischen und wirtschaftlichen Erhebung des bayerischen Ostens. Staatsminister Esser unterstützt in tatkräftiger Weise die Arbeit des Bundes Deutscher Eltern in der bayerischen Ostmark und hat seiner Verbundenheit mit den Zielen des Bundes Deutscher Eltern durch Übernahme der Schirmherrschaft über die Landesgruppe Bayern-Pfalz des Bundes Deutscher Eltern und durch seinen Eintritt in den Bundesverrat Ausdruck gegeben.

Oberpräsident Erich Koch gewinnt die Arbeitschlacht in Ostpreußen.

Unlängst ist es übertrieben mitragenden Ereignissen, daß wir ihre Erfolge und Auswirkungen gar nicht in dem Maße beachten können, als sie es verdienen haben. Mit die größte tat ist die großartige Geltendmachung des mit Hilfe der „Nationalistischen Beobachters“ von Ostpreußen. Sie ist ein kleines Werk Ostpreußen hat begonnen unter einem neuen Herrn neu zu schaffen. Kommt das erste Nachrichten über die zu unternehmenden einschneidenden Maßnahmen netzungen waren, spürte man schon die physiologische Auswirkung der Tatsache, daß der Provinz Ostpreußen eine Hauptrolle im Weltaufbau des nationalsozialistischen Staates zugeprochen ist: So Regime frei von Arbeitslosen, und zwar die Kreise: Pilsnien, Dresden, Glatz, Weidenau, Tschöben, Johannsburg, Braunsberg, Wehlen, Porschheim, Mohrungen, Heilsberg, Gutzk., Preußisch-Holland, Landkreis Elbing, Stuhm, Marienburg, Gerdenau, Weidenburg, Wartenstein, Erdenburg, Elst-Weigau, Heiligenbeil, Marienwerder, Angerburg, Insterburg, Wollgast, Rößel, Sensburg, Osterode, Schloßberg und Bahaus. Sie werden die Erwerbslosen, deren Zahl zum Teil sehr hoch war, förmlich hinein in den Arbeitskampf einfügig und darüber hinaus noch Arbeitslose aus anderen Kreisen untergebracht. So hat allein der Kreis Niederung 800 Arbeitslosen aus Elst eine neue Existenz ermöglicht. Die letzten vier Kreise werden in kürzester Zeit gleichfalls von der Geißel der Arbeitslosigkeit befreit sein. Außerdem soll demnächst damit begonnen werden, 5000–6000 Arbeitslose der Stadt Elbing, die von sämtlichen deutschen Städten die höchste Erwerbslosenziffer aufweist, auf dem Lande und in kleineren Städten unterzubringen. Das Oberpräsidium hat alle ostpreussischen Gemeinden angewiesen, sofort sämtliche bisher aus Mangel an Mitteln zurückgestellten Eigenarbeiten zu ermitteln, um hier die Eilinger Arbeitslosen ansetzen zu können. Darüber hinaus soll Ostpreußen schon Ende August in der Lage sein, eine größere Anzahl von Arbeitslosen aus dem Reich zu übernehmen.

Auch dieser Tag, an dem sich zum ersten Male ein Stück deutschen Gebietes vom Joch der Arbeitslosigkeit gelöst hat, wird in die Annalen der deutschen Volksgeschichte mit leuchtenden Buchstaben eingetragen werden. Was das für den einzelnen zu bedeuten hat, von der Sorge der Arbeitsbeschaffung befreit zu sein, wieder arbeiten zu können, kann nur derjenige ermessen, der selbst arbeitslos gewesen ist oder in einem Arbeitsamt tätig war und dort das Elend kennengelernt hat. Das eigentlich schon historische Plakatler Sonntagsgesetz vom 16. Juli hat sich in einer „Schönheit“ entwickelt. Die Bevölkerung aller Ostpreußen hat sich in der letzten Arbeitslosenschlacht für sich unterzogen, um neue Arbeitsstellen ausfindig zu machen, sie beschaffen sich selbst ihren Spaten und ihre Hacke und sind stolz, daß sie am Anfang des großen Werkes mithelfen können. Eine Erhebung ist im Gange, wie sie Ostpreußen seit 1813 nicht mehr gesehen hat.

Dieses beispiellose Verschwinden der Arbeitslosen ist nicht ein Augenblickserfolg. Es ist das Resultat ständiger und zielbewusster energischer Arbeitsbeschaffung. Doch erst es ist gleich als eine glänzende Befreiung von der Arbeitslosigkeit. So schnell geht die außerordentlich rasche Befreiungsprozess nun doch nicht vor sich. Wohl aber ist es ein sehr gutes Omen und der Anfang einer ganz ungeheuren Ausgestaltung des Ostpreußenraumes. Denn zumal wird durch die Eingliederung dieser Arbeitslosen die Abwanderung nach dem Westen unterbunden und der Entvölkerung Ostpreußens entgegengetreten (dieses betrug allein im Jahre 1932 annähernd 30 000). Und so ist schon sehr viel. Dem Reichspropagandaleiter Ostpreußens, fast die „Hälfte“ von ganz Ostpreußen (61 Reichsbürgerheimat 139), hätte sich kurz oder lang verhängnisvoll ausgewirkt, wenn man bedenkt, daß sie nicht einmal die Hälfte der Bevölkerungszahl von Polen ausmacht.

Was diesem an sich nüchternen Bericht ersticht man, was unerfütterlicher Glaube ausstrahlt demselben — in manchen kurzen Worten wurde mehr geleistet, als es der getragene Amtschimmel in den tausend „aufhängigen“ Büroflecken im Laufe eines ganzen Jahr-

zehnts zu bewältigen vermochte. Da mögen noch so viele anglische Genähter aus dem Lager der „Katheder-Wirtschaftspraxis“ das Kochsche Programm als eine „Politik im letzten Raum“ beurteilen, die bei allem heißt, daß es eine höchst konsequent durchgeführte, ergebnisreiche und blutdürstige Kampfpolitik ist. Denn Kernumwälzung von Blut an Boden auf dem Wege der Reuestellung von Arbeit überdrückt Art, d. h. neuer Existenzaufbau, sowie die Reuebildung von „Bauerntum aus“ gehört wie die Heranziehung von Arbeitern in die neue Wirtschaftsstruktur der Lebenserwerbshaltung, ist Raumpolitik. Ostpreußen, der Raum ohne Volk, soll in kürzester Zeit zu einem Raum mit Volk umgestaltet werden, damit ein neuer nationaler lebendiger Wall bilden gegen die flammende Invasion. Das es dieses Mal bestimmt gelingen wird auch ohne gedanken- und ideolesse „Offizieren“, „Sanierungen“, „Subventionen“ u. a. m., davon wird mir alle Welt überzeugt.

Dr. Lüder-Lühr.

Ostpreußen in der Statistik.

Die Provinzialverwaltung Ostpreußen hat die „Statistische Jahresübersicht 1932“ über die Entwicklung Ostpreußens geliefert. Das Werk ist im Auftrag des Landesoberpräsidenten der Provinz Ostpreußen im fünften Jahrgang herausgegeben vom Statistischen Amt der Provinz Ostpreußen in seiner Sonderausgabe vom 1. April 1933 erschienen. Der Leiter des Statistischen Amtes, in seinem Vorwort betont, ist die Zielsetzung, ein alle nützlichsten Daten der Provinz enthaltendes Nachschlagewerk zu schaffen, und in diesem erreicht worden. Die Arbeit gliedert sich in drei Hauptteile; der erste umfaßt die Tabellenwerke, und zwar über „Verkehrsmittel“, „Volkswirtschaft“, „Volkswirtschaft und Finanzen“, „Bevölkerung“, „Walden“ und „Allgemeines statistisches Angaben über Ostpreußen“. Der zweite Teil enthält zehntausende Tabellen, die das Collegenmaterial zum großen Teil anschaulich machen; und der dritte Teil enthält die Zahlen zur Konjunkturentwicklung in Ostpreußen 1932. In erster Linie ist diesmal, wie Dr. E. J. Müller schreibt, der Abschnitt „Bevölkerung“ mit Rücksicht auf unsere Ostpreußen besonders bedeutungsvollen nationalpolitischen Befunde ausgearbeitet worden; so finden wir hier neben der natürlichen Bevölkerungszunahme auch die Ergebnisse der Wanderungsbewegungen. Weitere Ergebnisse haben die Abschnitte „Verkehrsmittel“ und „Volkswirtschaft“ erfahren, die u. a. auch eine Übersicht über den neuesten Stand der landwirtschaftlichen Sicherungs- und Umwandlungsaktion enthalten. Aus dem Collegenmaterial lassen sich ferner sämtliche Phasen der nationalsozialistischen Bewegung in Ostpreußen im Kampfe um die politische Freiheit verfolgen. In kurz gefaßter Form sind sogar schon die wichtigsten Ergebnisse der letzten Säuberungsbewegung um so die hauptsächlichsten Bevölkerung- und Wirtschaftsdaten Ostpreußens und auch der abgetrennten Gebiete bekanntzumachen. Die ostpreussischen Provinzial- und Kreisstatistiken haben insgesamt eine Länge von 11 639,9 Kilometern, auf denen neben den vielen „Höfen“ und sonstigen Motoren rund 35 000 Kraftfahrzeuge fahren. Das ergibt, daß Ostpreußen etwa 64 im „Häufige eines Kraftfahrzeuges“ die Zahl der Kraftfahrzeuge abermals verdoppelt hat. Weitere gemalte festlegen ist, der Verkehr aber im allgemeinen auch noch abgenommen hat, braucht man sich nicht besonders zu wundern, daß die Entwicklung der Einnahmen der ostpreussischen Kleinbahnen (sowohl im Personen- wie im Güterverkehr) ebenso wie bei der Reichsbahn von rund 5 Millionen Reichsmark im Jahre 1927/28 auf jetzt rund 3 Millionen RM. nahezu untergegangen ist. Die Steuereinnahmen, die in den Jahren 1930 und 1931 insgesamt um 3000 Stellen überschritten hatte, betrug 1932 nur noch 2000 Stellen aufzuweisen, die statt eines Flächenraumes von weit über 30 000 ha nur noch knapp 20 000 ha umfassen. Erschütternde Zahlen bringt der Abschnitt über „Volkswirtschaft“, der Arbeit der Provinzialbehörden an Hilfsbedürftigen, Geisteskranken, Blinden, Taubstummen und Krüppeln, an Furlorgeschädigten und Kranken. Bei den Zahlen über die ostpreussische „Bevölkerung“ verdienen

besonders die über die Werbemaschine in den Jahren 1929 bis 1932 beachtungs, zu einem Schaubilder eine überführt haben. Ein Schaubild über die Wahleregebnisse zum ostpreussischen Provinziallandtag zeigt, wie die Nationalsozialistische Partei in Ostpreußen seit dem Jahre 1929 gewissermaßen aus dem Boden gestampft worden ist. Der Bericht über den Konjunkturablauf des Jahres 1932 behandelt die Arbeitsmarktlage und Bevölkerungsbeziehung, die Lebenshaltung, die allgemeine Wirtschaftslage und die Landwirtschaft insbesondere. In einem Gesamtbericht wird vom Verlauf der Songierung gezogen, daß die schwereren Jahre der Krise zu viel von der Wirtschaftslage Ostpreußens vernichtet haben, als daß die Provinz in der Lage wäre, den Anstoß zu einem allgemeinen Wirtschaftsaufstieg unmittelbar und allein aus eigener Kraft zu gewinnen. Das wird erst dann möglich sein, wenn mit der Schöpfung gesunder Rentabilitätsverhältnisse zugleich auch die unerträgliche Songierung Ostpreußens durch den Korridor überwunden ist.

1,5 Millionen Menschen sollen den volkreiseren Raum in Ostpreußen füllen.

Anläßlich einer Besichtigung der politischen Amtswalter der NSDAP, der ermländischen Kreise Braunsberg und Heilsberg durch den Oberpräsidenten und Gauleiter Staatsrat Koch in Warmitz am Sonntag fand auch ein Empfang der Bebodenortretter der beiden Kreise statt. Neben den Leitern der kommunalen Selbstverwaltungsorganen erschienen auch die Leiter der anderen Behörden, Schulen und Schulen erschienen. Der Oberpräsident wies in seiner Ansprache darauf hin, daß die neue Staatsführung nicht von jedem verlangt, daß er nummehr urpöchtig sich umstelle. Das mündete aber, was verlangt werden muß, sei die Anerkennung der neuen

Staatsgewalt und Loyalität gegenüber. In seinen weiteren Ausführungen mündete der Oberpräsident interessante Angaben über das oben erwähnte Regierungsplanmäßige Umfiedlungsprogramm West-Ost. In einem gewaltigen fünf- oder sechs-Jahresplan sollen ungefähr 1,5 Millionen Menschen den volkreiseren Raum in Ostpreußen füllen. Die damit verbundene Industrieförderung werde aber keine weitere Überproduktion der deutschen Industrie zur Folge haben. Im ersten Stütz komme die Verwirklichung dieses gigantischen Planes dem ostpreussischen Bauern zugute, der dann einen größeren Absatzmarkt für seine Produkte finde und in einem weit größeren Umfang als bisher Veredelungsindustrie treiben könne. Streffer Zusammenfluß sämtlicher Stellen bei der Durchführung dieses Planes werde dafür sorgen, daß kein Gegeneinanderarbeiten wie bei den Hilfsmaßnahmen der vergangenen Zeiten erfolge.

Weitere Verabredungen über dieses umfangreiche Gesetzwerk seien nach Beratung im Reichskabinett in Kürze zu erwarten. Im Rahmen der vorerwähnten Maßnahmen plante der Heilsbergische Vondrat des Kreises Braunsberg, Regierungsdirektor Püh, dem Oberpräsidenten für seine Worte. Der Redner wies darauf hin, daß der heutige Tag in gewisser Beziehung eine historische Bedeutung habe, da gerade heute in den katholischen Kirchen des Ermlandes ein Dankgebet für die glückliche Beendigung der Konkordatsverhandlungen abgehalten worden sei. Wenn der Oberpräsident als Mindestforderung Loyalität verlangte, so habe er damit einen Grund für sein Handeln gegeben, der nicht nur logisch, sondern auch ganz mit aller Kraft für den Staat einzuwirken. Dieses Verprechen werde er auch im Rahmen des kommenden Vondrats. Nach diesem Empfang setzte der Oberpräsident seine Reise nach Königsberg fort.

Die baltischen Staaten.

Estland.

Es erweilt sich, daß der Anfang Juli von der Regierung Konfession herbeigeführte Sturz der estländischen Krone in die ebenhin angespannte und unübersehliche politische Lage des Landes eine weitere Verwirrung hineingetragen hat. Die beiden Parteien, die sich in der Zeit zuvor aus einander abgetrennten Agrarpartei, die Allandmitte und die Allandler, gingen auch in ihrer Einstellung zum Kronsturz verschiedene Wege: die Allandler stimmten im Parlament als Regierungspartei für das Abgeben von Großland, die Allandmitte dagegen. Von den beiden anderen größeren politischen Gruppen gehörte die Nationale Mittelpartei, die neben den Kroneführern das tragende Gewicht der Regierung Estlands bildet, dem Kronsturz nicht. Die Sozialdemokraten die Abwertung der Krone aufs schärfste bekämpften. Zugewies ist die Stellungnahme der Nationalen Mittelpartei zur Währungsfrage lange keine einheitliche. Die Nationale Mittelpartei ist, ebenso wie die bereits in ihrer ursprünglichen Bestantheile wieder aufgelöste, vereinigte Agrarpartei, durch den Zusammenfluß moderater politischer Parteien entstanden, die sich vor der Verabschiedung erhebt bekämpft hatten. Schon vor der Parlamentsabstimmung die das Schicksal der Krone endlich erklärte ein beträchtlicher Teil der Mittelpartei, daß sie in der Großlandfrage der Regierung gegen ihre eigentliche Überzeugung nur demwegen Gefolgschaft leisten würden, weil ein Rücktritt der Regierung angeht die gegenwärtigen aufs äußerste angespannten politischen Lage unter allen Umständen zu verhindern ist. Es erfolgte sogar der Austritt eines Abgeordneten aus der Mittelparteifraktion. Die Folge war, daß die von den nationalistischen Kroneführern geleiteten Fraktionen in ihrer Bewertung der Lage grundmäßig auseinander gingen und sich innerhalb der mittelparteilichen Presse in der Kronenfrage zwei scharf voneinander getrennte Fronten herausgebildet haben. Die Stellungnahme der deutsch-schwedischen Parlamentsfraktion bildet leider ein weiteres Beispiel für das im Lande herrschende politische Durcheinander. Wie verurteilt, soll diese Fraktion beschließen haben, die von der Kronenjury zu stimmen. Fallsich nicht nur ein deutscher Abgeordneter dafür, der meiste nicht bei der Abstimmung zu gegen, während der dritte sich seiner Stimme enthielt. Es muß allerdings auch hier wieder daran festgehalten werden, daß angesichts des immer stärker sich durchsetzenden Einflusses der baltischen nationalsozialistischen Bewegung auf die politische Willensbildung des estländischen Volkstums die gegenwärtigen deutschen Abgeordneten nicht mehr als politische Säbter des Volkstums anzuprechen sind. Im Verlauf der Kronenjury hat sich die deutsche Fraktion in der Weise der Allandler vollkommen einheitlich und übereinstimmend für die Regierungsanfrage eingetragen. Indessen scheint die für den Bauern jedenfalls nicht durchweg günstige Auswirkung des Kronensturzes die Allandler nunmehr veranlaßt zu haben, ihre Einstellung zu ändern. Die Partei der Allandler hat nämlich an die Regierung Konfession die Forderung einer sofortigen, durchgreifenden staatlichen Stützungsaktion für die Butterausfuhr gerichtet und gleichmäßig erklärt, ihr weiteres Verhalten in der Regierungskommission zu einer ruhigen Erfüllung dieser Forderung abhängig zu machen. Der Ruf nach einer Stützungs der Butterausfuhr muß angesichts der Tatsache, daß der Kronenjury unter anderen für die Volkswirtschaftslehre mochten Folgen auch eine Regelung der Ausfuhr bemerken sollte, ebenso fest sein wie bezeichnend. Es ist anzunehmen, daß der Regierung Konfession nicht anderes übrig bleiben wird, als dem Druck der Allandler nachzugeben, da ihr Sturz sonst unermesslich ist. Ein Rücktritt der Regierung bedeutet

aber zur Zeit eine freiwillige Bankrotterklärung des herrschenden Systems. Die estländische Erneuerungsbewegung der Freiheitskämpfer, die in grundsätzlicher Opposition zum System steht, hat es bisher vermieden, um Währungsproblem Stellung zu nehmen. Die Presse der Freiheitskämpfer benutzte sich bisher Gelegenheiten, das Vorgehen der Systemregierung unter die Lupe zu nehmen und scheint gute Gründe zu ihrer Stellung zu haben, daß die Art und Weise, wie die Regierung den einmal beschlossenen Kronsturz durchgeführt hat, einer Kritik nicht standhält. Der Volksentscheid über die Verfassungsänderungsfrage der Freiheitskämpferbewegung ist von der Regierung auf den 15. bis 16. Oktober angesetzt worden. Wenn die Feinde der Krone nicht trügen, so könnten die Freiheitskämpfer dem Ergebnis der Volksabstimmung mit Ruhe und Zuversicht entgegensehen. R. G.

Letland.

Die außen- und innenpolitische Orientierung Lettlands ist durch das 1.3. immer noch herrschende parlamentarische System gegeben, das direkt oder indirekt unter dem Einfluß der jüdisch-kapitalistischen Ideenwelt steht. Keine einzige der vielen Parteien und Gruppen hat ein auch nur einigermaßen festes Programm. Sie sind alle miteinander nicht fähig, politischen Arbeit zu leisten, da sie nur das Interesse einzelner Parteien oder kleinerer Gruppen dienen, nicht aber der Gesamtbeit. Infolgedessen ist die Korruption zu einer letzten hohen Blüte gelangt.

Die Hebe gegen das neue Deutschland wird mit Hochdruck weiter betrieben. Die marxistische und rein jüdische Presse verurteilt neuerdings auch die vernünftige lettische Jugend, die sich in einer Organisation, die die erdings letzte Schmachte Rotes Lettland, zu bilden beginnt, angeschlossen und zu Unbedachtlichkeiten zu verleiten. Im tiefen Kampf gegen alles Deutsche mickler und erfolglosere gehalten zu können, haben die Juden neben ihren bisherigen Zeitungen in hebräischer, russischer und lettischer Sprache noch neue Blätter in russischer, deutscher und jiddischer Sprache herausgebracht. Man spricht von noch einer weiteren Zeitung in deutscher Sprache, die von Wien finanziert werden soll (1). Die Juden tun also alles, um die lettische nicht fähig, politisch zu arbeiten, da sie nur das Interesse zu demoralisieren und das nationale und soziale Erwachen des lettischen Volkes ideell zu verleiten und politisch in ihren unauferbaren Kampf gegen das nationalsozialistische Deutschland einzuspinnen.

Die Zeitung „Socialdemokraten“ warf anläßlich die Frage auf: „Müssen Lettlands Gelehrte und Verfassungen den deutschen Faschisten dienen?“ Auf diese mit demagogischen Inhalt behaftete Frage antwortete sofort „Der Arbeiter“ eine rechtschaffen, die die die der Gegenfrage: „Müssen Lettlands Gelehrte und Verfassungen den Interessen der Sozialdemokraten dienen?“ Die Sozialdemokraten, heißt es in dieser Erwiderung, hoffen durch ihr lautes Geschrei um den angepöbelten Dogmatik deutscher Waren ihre Mitläufer zu den nächsten Parlamentswahlen zu behalten. Regierung und Verfassung Lettlands seien jedoch dem da, für die gesamte Bevölkerung zu sorgen. Lettland wolle den Frieden bewahren und gegen alle Verbrechen, die die Sowjetunion in Lettland verübt, durch ihre Strafmächte kämpfen. Unterliege an Komplikationen habe in Lettland niemand als nur eine einzige in Lettland lebende Minderheit (1).

Soweit die Zeitung. Ob diese „Minderheit“, gemeint ist damit das baltische Volkstum, wirklich ein Interesse an irgendwelchen außenpolitischen Konflikten hat, ist stark zu bezweifeln. Im Gegenteil, sie lobt es schärfstens ab, als Spezialbeispiel parteipolitischer Verfassungen behandelt zu werden.

Der polnische Aufstand in Posen.

13. Fortsetzung. Von Hermann Ditsche.

Bildung des Wach- und Sicherheitsdienstes in der Stadt Posen.

Kaum war die Bürgerwehr in der Stadt Posen gebildet, so kamen auch schon die Polen darauf, zur weiteren Vermehrung ihrer Macht eine ausschließlich für den Dienst geworbene schlagfertige Gruppe aufzustellen. Die Gelegenheit dazu war bald gegeben: die polnische Revolution war von der Revolution zur Straube der Polen ihres Vorgesetzten entbunden. Man hielt sie für überflüssig. Zum Fortleben die Polen an ihrer Stelle einen „Wach- und Sicherheitsdienst“ (straz niespieczestwa) zur Wahrung der Sicherheit und Ordnung in der Stadt. Der Volkswahlsauschuß des A- und S-Rates ging natürlich darauf ein, da er ja von den Polen vollständig beherrscht wurde. Er veranlaßte zusammen mit dem „Beauftragten des General-Kommandos“ einen Aufruf, in dem Aufrufe und polnisch Solbaten zum Eintritt aufgefordert wurden. Die Bildung dieses Dienstes lag nun in polnischen Händen. Deutsche Meldungen wurden nicht berücksichtigt. Der Wach- und Sicherheitsdienst trug an der Wäpse den polnischen Adler und die polnische Kokarde und zeigte sich so als eine polnische Gruppe. Die Zahl der Eintretenden stieg schnell. Es wurden zwei Bataillone gebildet, die unter den früheren preussischen Leutnants Sulczyk und Paluch standen. Sie wurden täglich exerciert und manövriert in Kasernen. Sie marschierte bei der Kagung des Landtages des Selbstausschusses und bei dem Aufstande am 27. Dezember 1918 die handelnde Gruppe.

Sobald der Wach- und Sicherheitsdienst eingerichtet war, kamen die Polen mit einer neuen Forderung. Sie verlangten die Unterteilung der Waffen nach der Anzahl der Bürgerwehr und des Wach- und Sicherheitsdienstes. Hier griff endlich der deutsche Weirat bei dem Polizeipräsidenten Blomberg ein, der führte vor dem A- und S-Rat aus, daß die Erfüllung dieses Wunsches bei der Zusammenfassung der Wehren den Polen eine solche Überlegenheit geben würde, daß sie imstande wären, die Deutschen mit den Waffen niederzuküpfeln. Seinem hartnäckigen Widerstande war es zu verdanken, daß die Waffen nicht in der angeforderten Anzahl ausgegeben wurden. Hingegen verzeichnet in seinem Buche mit Benützung, daß die Polen die Deutschen davon in ihrer Hand nicht.

Der Vollständigkeit wegen muß noch folgendes erwähnt werden: Gleich zu Beginn der Revolution, also schon am 10. November, hatte der Polizeipräsident in Posen einen Weirat von dem A- und S-Rat in dem Telegraphischen Straßenlager wasserl bekommen. Auch die Polen erhoben nun aus Gründen der Gleichberechtigung die Forderung auf einen polnischen Weirat für die sehr wichtige Stelle. Sie wurde ihnen bewilligt. Sie den Weirat ein, der führte vor dem A- und S-Rat Selbstausschusses bestimmt. Er übernahm tatsächlich die Leitung des Polizeipräsidiums, während der Polizeipräsident, von dem Knebebek, wie es in der öffentlichen Bekanntheit als „Polener Geobletzt“ Nr. 535 hieß, „auch weiter mitwirken würde“. Der Telegraphist Straßenlager war nichts weiter als ein teurer Stoff, der wegen mangelnder Zuverlässigkeit in den Anfragen aus seiner Stellung entfernt wurde. Er wurde durch den Hauptlehrer Blankert aus Nachen ersetzt, der sich als Offizierskandidat in der Polener Garnison ein entschlossener und unflüchtiger Mann, der zu der deutschen Bürgerwehr hielt und sich oft polnischen Übergriffen entgegenstellte. Wir werden uns mit seinem Auftreten bei dem Aufstande am 27. Dezember noch näher beschäftigen müssen. Ergänzung: wurde Weirat des Oberpräsidenten und der Leutnant Poluch Weirat des General-Kommandos.

So hatten die Polen mit Hilfe der A- und S-Räte in der kurzen Zeit noch acht Kagen in der Stadt Posen eine ausgleichende Machtstellung erreicht. Der A- und S-Rat stand völlig unter ihrer Einwirkung. Er bildete damals die ausgleichende Behörde. Die kommunale Verwaltung der Stadt war durch die Befehle des Polens des Oberbürgermeisters in der Stunde gekommen. Weiräte kontrollierten die übrigen Behörden. Ebenso verhielt sich mit der öffentlichen Macht. Die Soldaten der Posen waren durch die polnischen Trübs eingeschaltet. Die Bürgerwehr war zunächst die beherrschende militärische Organisation. In ihre Seite war als Verstärkung der Wach- und Sicherheitsdienst getreten. Er gewann täglich an Bedeutung. Den deutschen Behörden waren also in dem Zeitraum einer Woche die Fäden der staatlichen Macht und der Verwaltung völlig aus den Händen gegliedert.

Bildung des Kommissariats des Obersten polnischen Volksrates (Kacjalna Rada ludowa).

Wahrscheinlich ist diese Körperschaft die erste revolutionäre Behörde gewesen, die von den Polen selbst in der Revolution gebildet wurde. Am Sonntag, den 10. November, also an dem ersten Revolutionstag, versammelten sich die polnischen Abgeordneten und führenden Mitglieder des geheimen Komites sowie die polnischen Mitglieder des Soldatenrates bei dem Polen Dr. Glomacki in der Welta und hielten dort eine Beratung ab. Der Zweck der Beratungen ist meines Wissens nicht bekanntgegeben worden. Am 16. November erschienen in den polnischen Zeitungen, datiert vom 14. November, der Aufruf zur Wahl für den polnischen Selbstausschub. Er ist von dem Kommissariat des Obersten polnischen Volksrates unterzeichnet. In dem Aufrufe wird bekanntgegeben, daß die Abgeordnetenfraktionen und der Exekutionsauschuß des bisher nicht zugege-

tretenen bürgerlichen (geheimen) Zentralkomites den unterzeichneten Kommissaren den Bildung eines Obersten Volksrats, als einer Vertretung aller Polen übertragen haben, die den bis hier durch die Grenzen des Deutschen Reiches einbezogenen Landen wohnen. Gleichzeitig wird bekanntgegeben, daß den unterzeichneten Jorzen — Geistlicher St. Adamki, Albert Korfanty und Adam Polojinski — die Ausübung der Tätigkeit des Volksrats übertragen wird. Da nirgends eine weitere Veranlassung der vorgenannten Mitglieder mitgeteilt worden ist, muß das Kommissariat des Obersten Volksrats bereits in der Tat die Erfüllung des Auftrages an dem ersten Revolutionstag im frühen Nachmittage gebildet worden sein. Die Ursache der Zeit, die Auffassung des Aufrufs von zwei Druckseiten Länge, die Stellung des Lokals der Kagung erklärt leicht, daß der Oberste Volksrat erst am 14. November mit seinem Aufruf in Erscheinung trat. Gleichzeitig erschienen in den polnischen Zeitungen der Aufruf der polnischen Abgeordnetenfraktionen, der zur Beteiligung an dem A- und S-Rat auffordert und die Bildung des Obersten Volksrats mit einem Verständnis kandidiert, für den er unbefangenen Gehorsam fordert. Das gleichzeitige Erscheinen der beiden Aufrufe ist kein Zufall. Bis dahin galt die Fraktion der polnischen Abgeordneten als die politische Leitung der Polen vor der Öffentlichkeit. Um jedes Mißverständnis auszuräumen, tritt sie mit dem Aufruf von ihrer Stelle zurück und überläßt sie dem Kommissariat des Obersten polnischen Volksrats, der sich nun als die politische Leitung aller Polen im Deutschen Reich ausst. In diesem ersten Aufrufe vom 14. November ist zugleich eine Anweisung zur Organisation der polnischen Parteistellen, „unserer Landesparteien“, enthalten, die von einer staatlichen Behörde erteilt ist und „anordnet“. Sie heißt:

„Zwecks Organisation unserer Landesparteien ordnen wir folgendes an:
1. Die in den Kreisen bestehenden Bürgerkomitees sind ihre Tätigkeit bekannt und nehmen den Namen Kreisvolksräte an.
2. Die zur Wahl der Delegierten für den polnischen Selbstausschub bestimmten Wählererfahrungen wählen endgültig, organisieren und ergänzen die Kreisvolksräte.
3. Die Bildung der Volksräte in den Stadt- und Landgemeinden durch Wahlen der Bevölkerung wird in Versammlungen vollzogen, die von den Kreisvolksräten einberufen werden.
Die Volksräte in den Städten, Stadt- und Landgemeinden übernehmen die polnischen Angelegenheiten in ihren Bezirken, und sie werden

1. über die Aufrechterhaltung von Pannmäßigkeit, Ordnung und öffentlicher Sicherheit wachen,
2. da, wo Soldaten- und Arbeiterräte bestehen, werden sie beauftragt sein, sich in diesen zu verständigen und polnische Vertreter einzubringen,
3. werden mit den bisherigen Behörden sich ins Einmündigen setzen und ihre Mitwirkung in der Leitung der öffentlichen Angelegenheiten, wobei sie ihre Hut auch auf die Personen und die Höhe der nichtpolnischen Bevölkerung erstrecken werden,
4. je werden sich der vom Militär dienkehren oder durch den Kreis ziehenden Soldaten annehmen, ihnen im Weiratsfälle Beistand gewähren, ebenso der zurückkehrenden Landvolke aus jenseits der Grenze her.

Polen! Aus einem Meer von Blut schwingt sich der weiße Adler empor, die Erfüllung unseres Sehens, unserer Wünsche und Hoffnungen, die uns geträumt haben in den schweren nationalen Erfahrungen. Treten wir daher in Reich und Glied, um die Grundzüge des neuen Polens zu festigen!

Polen! Der jetzt Augenblick heißt von uns Ruhe, die Anstrengung aller Kräfte, materielle Dinge, Disziplin und Eintracht.

Posen, den 14. November 1918.

Das Kommissariat des Obersten Volksrats, Geistlicher St. Adamki, Albrecht Korfanty, Adam Polojinski.*

Katäschlich ist die Anordnung schon hinterher. Die Organisation der polnischen Vermoaltung und des Widerlandes hatte sofort in den ersten Revolutionstagen eingesetzt, und sie war zu vorgeschritten. Wohl hatten die Polen ihre besten Kräfte fortgesetzt in ihren wirtschaftlichen Verbänden geschult, wohl hatten sie ihre Wähler durch die geheimen Komites zur Staatsfindung und zum Aufstande aufgerufen, wohl hatten ihre Verbände seit längerer Zeit militärisch

Die „Märkisch-Posener Zeitung“ bringt täglich die Anfrage:

Leser, Leserin, bist du schon Mitglied des Bundes Deutscher Osten?

Wir bitten die anderen Tageszeitungen, in gleiche Weise für den Osten zu wirken und uns Belegexemplare zu senden.

exerciert; dennoch können die nachfolgenden Ereignisse nicht allein aus diesen Vorbereitungen erklärt werden. Es muß schon seit längerer Zeit eine politische Zersplitterung bestanden haben, die ihre Mitglieder durch die ganz Provinz verteilt hatte, die Wolske mitergab, die dann nach einer einseitigen Anweisung ausgeführt wurde. So ist das Komitat der Obersten Wolske mit der Wolske unter die amtierende Körperhaft einer längst vorhandenen politischen revolutionären Gemischtheile. Es ist nicht gesagt, daß diese sich mit dem geheimen Komitee notwendig deckte.

Unter der Anweisung des Komitatariats des Obersten Wolske trat sich nun die Organisation des politischen Widerstandes auch in der Provinz. Die Praxis blieb aber in der Stadt Polen vollständig. Uebrig wurden die „L.“ und „S.-Käte“ politisiert. Dann entsetzten sie die mißliebigen Beamten kraft der revolutionären Rechte oder setzten ihnen Beiräte. Schon zu Beginn der Revolution wurden die Bürgermeister von Kholm, Puzh, Soboljansk, Schwanitz, Samojilow und Strelnow ihres Amtes entsetzt. Andere folgten. Die von den Wolsken gewählten Distriktskommissare wurden von ihnen überall abgesetzt, wo sie die Leitung oder die Macht erlitten; weil sie in ihnen Organe zur Beobachtung und Wiederholung des Vorkommens erlitten. Ebenso mußte eine Reihe von Vandräten ihr Amt verlassen. Andere bekamen Beiräte. Die Personen, denen die Ämter aber die Befehl der Beiräte zufallen, waren in den Vandräten fast durchweg Großgrundbesitzer, letztere Gelehrte, in den Städten Angehörige der intelligenten Bürgerhaft. Ungleich kräftete man die Hand nach der Vermaltung der Schulen aus. In Polen wurde der Mittelschullehrer Poprowski Stadtschulrat. Ihm wurde zur Einführung in das Amt der deutsche Rektor Gutfreige beigegeben. Polen-

land fiel einem Mittelschullehrer Degerkij zu. In der Provinz lagten meist die politischen Gelehrten die Hand auf die Schule. Die öffentlichen Klassen wurden dem Polen Dr. Glowacki aus Polen unterstellt. Das alles wozu lag in aller Stille, aber durchaus nicht ohne Mitwirkung an die Öffentlichkeit. Diese Maßnahmen wurden stets in den öffentlichen Versammlungen. Das geistliche Amt unter den Augen der höchsten Behörden, denen der Oberpräsident und der Ministerpräsident hatten damals noch ihre Ämter, wozu bereits das Herausziehen der höheren Beamten aus Polen begonnen hatte. Kriegen hat man aber eine Gegenwirkung gegen diese Maßnahmen verspürt. Um über die Übernahme der Ämter die notwendige Auswahl am zweiten Beamten zu bekommen, erließ der Oberste politische Wolske am 28. November einen Aufsat, der durch alle politischen Wälder gegangenen und die Wälder durch den Wälder gehen ließ. Er heißt wörtlich: „Die Organisation des politischen Staates wird jährliche Beamte in allen Verwaltungszweigen (Richtschaf, Landesverwaltung, Schulwesen, Bahn- und Jollerwaltung ufm.) erforschen. Es bietet sich für die jährlichen Scharen der politischen Beamten in der Fremde (Deutschland) von den höchsten bis zu den niedrigsten — die Gelegenheit zur Rückkehr in die Heimat. Erwünscht ist es, daß heute schon alle zur Übernahme von Ämtern im politischen Staate bereiten politischen Beamten sich bei der Juristen-Sektion, Polen O. Wilhelmplatz 1, melden. Der Meldung ist ein kurzer Lebenslauf beizufügen.“

Dieser Aufsat war an die Beamten des Reiches gerichtet. Es war also in Polen auch schon eine Stelle geschaffen zur Sammlung politischer Beamten aus den Beamtenstellen des Reiches. Unerbittlich begann die Werbung. Die deutsche Regierung tat nichts dagegen.

(Fortsetzung folgt.)

Neues aus Polen.

Anfang August wird von der polnischen „Droh- und Kolonial-Viga eine große Voozfohrt unter dem Motto „Durch Polen zum Meere“ veranstaltet, die ähnlich wie das „Fest des Meeres“ das Interesse des polnischen Volkes für das „polnische Meer“ zum Ausdruck bringen soll. Am 4. August versammelten sich vor Ehren Rader-, Pabdel- und Segelboote alle polnischen Boote, die in den nächsten Angehörigen der intelligenten Bürgerhaft. Ungleich kräftete man die Hand nach der Vermaltung der Schulen aus. In Polen wurde der Mittelschullehrer Poprowski Stadtschulrat. Ihm wurde zur Einführung in das Amt der deutsche Rektor Gutfreige beigegeben. Polen-

Die im Staatlichen Mehrheitsrecht befindliche Polnisch-Transatlantische Schiffahrtlinie wird demnächst ihr größtes Ozean-„Schiff“ „Polonia“ in den Dienst der neu eingerichteten Linie Konstantinopel-Polonia stellen. Höchst aufschlußreich hat man die Absicht, die polnischen Juden zu exportieren oder neue „Polen“ aus „Polonia“ zu importieren?

„Warpro“ Nr. 155 vom 11. Juli 1933 teilt mit: Zu dem im August stattfindenden Internationalen Historiker-Kongress in Polen soll auch eine Delegation von drei Sowjet-Historikern von der Veningrad-Akademie der Wissenschaften ihre Teilnahme angekündigt haben.

Die polnische Baconindustrie.

Die polnische Baconindustrie hat sich, wie die „Gazeta Handlowa“ schreibt, in den letzten Jahren „in geradezu amerikanischem Tempo“ entwickelt. Am Aufbau dieser Industrie sind deut-

ches und englisches Kapital führend beteiligt. Die Hauptstandorte der Industrie sind Polen und Pommern. Polen exportiert heute zu den wichtigsten Baconexportländern Europas; sein Export geht fast ausschließlich nach England. 1930 war Polen das der englischen Baconindustrie „5,3 v. H.“ und 1932 mit 10 v. H. beteiligt; es stand nach Dänemark (67,2 v. H.), vor Holland (8,5 v. H.) und Schweden (4,0 v. H.) an zweiter Stelle. Wie in seiner ganzen Exportpolitik, so hat Polen auch in diesem Falle jetzt einen empfindlichen Rückschlag zu verzeichnen: England hat Ende v. J. seine Baconzufuhr kontingentiert; Polen hat dadurch etwa ein Drittel seines vorherigen Exportes verloren. Das ist natürlich ein schwerer Schlag für die polnische Baconindustrie. Im Jahre etwa 4,6 Mill. Rg. Bacon auf dem englischen Markt abgesetzt, so beträgt das ihm jetzt zurückgehaltene Kontingent nur noch 3,57 Mill. Rg. Die Folge davon ist ein starker Beschäftigungsrückgang in der polnischen Baconindustrie und dementsprechend ein unerhörtesmäßig hohes Überangebot von Baconfleisch auf dem polnischen Markt. Da es schwer sein dürfte, neue Absatzmärkte zu erschließen und da überdies auch der polnische Binnenmarkt nur eine beschränkte Aufnahmefähigkeit besitzt, dürften die englischen Einfuhrbeschränkungen einen teilweisen Abbau der Baconindustrie in Polen zur Folge haben. Die polnische Regierung hat es, da sie die fälligen Exportkontingente auf die einzelnen Betriebe verteilt, in der Hand, den Abbau dort vorzunehmen, wo es ihr am zweckmäßigsten erscheint. Sie benachteiligt bei der Zuteilung der Exportquoten einmal die Betriebe in Polen und Pommern und zweitens die Betriebe in Polen, und ferner die mit ausländischem — vor allem die mit deutschem Kapital arbeitenden Fabriken gegenüber der kleineren Fabriken, an denen in größerem Ausmaß einheimisches Kapital beteiligt ist.

Ein neuer Ostpreußenfilm: Jenseits der Weichsel.

Der Deutsche Volksfilm-Verlag bringt in der ersten Augusthälfte — der Tag der Uraufführung im Ufa-Pavillon am Rollendortplatz wird hier noch unbekanntes — einen neuen Ostpreußenfilm „Jenseits der Weichsel“ heraus. Dieser Film verdient gerade jetzt, wo mit Seinen des jähren, erfolglosen Kampfes unserer Rothpolen sagen die Arbeiterschaft, die bessere Bezahlung. Schon Aufnahmen vom letzten Meer, der herrlichen Seemannsleben, seiner fruchtbaren Äckern (siehe 10. Brot, das in Deutschland gepflanzt wird, ist aus ostpreußischem Korn gebacken), von seinen Märchenwäldern, durch die der Eich zieht, den weißen Seen, zeigen das Land wie es ist: gesund — einzigartig.

Vor allem aber vermittelt der Film einen starken Eindruck von dem deutschen Charakter der Provinz. Stille Bilder der Ortsansichten, der alten Siedlungen, Dörfer und Städte lassen das Land selbst reden und sprechen unmittelbar, daß allein der Deutsche das Gebiet jenseits der Weichsel erschlossen und aufgebaut hat. Und das Land an der Weichsel. Künte der Film jetzt fertig sein, in das alte Westpreußen hinein, er würde mit Bezug auf das Rothpolengebiet genau so berechtigt sprechen von der Verbundenheit des Deutschen mit diesem Lande, das seinem ganzen Wesen nach und auch nach seiner äußeren Prägung deutsch und eine Einheit ist.

Obne den deutschen Menschen und seine Tat ist Ostpreußen nicht zu denken. Der Film zeigt ihn, wie er schon seit 700 Jahren, seit der großen Rückbesiedlung der Landes, gewirkt hat. Er zeigt, Eiebler, Fischer, Kaufmann, Königberg und Danzig sind Groß aus großer Betragenheit und Wagnisse in die Zukunft. Besonders die

Mittlerrolle Königbergs vom Osten bis ist in dem Film herausgearbeitet. Die gemaltigen Holzanlagen, die die größten Europas sind, die modernen Hafenbauten der Pregeßfahrt, die neuen Bahnhöfe sind pläthlicher Ausdruck des entschlossenen Willens seiner Bevölkerung, die alte Stadtbilder der Hansezeit fortzuführen und auch in Zukunft das große Durchgangszentrum des Ost-Westhandels zu bilden.

Der Film führt zurück in die Pionierszeit der Provinz Ostpreußen im Weltkrieg, zeigt dann den Sieger von Canningen bei seiner Feldherrnarbeit und sehr aufschlußreich seinen Erfolg durch wertvolle historische Massenaufnahmen von Casuelden gefangener Kullen.

Berallies. Der Korridor wird aus dem großen einheitlichen Nordostgebiet herausgerissen. Das Grenzgebiet wird abgetrennt. Die Auswirkungen der gemaltigen Grenzprophie werden gezeigt, aber dann der Anbruch der neuen Zeit, die nationalsozialistische Erhebung und damit das Ostpreußen in der Herrschaft des Reiches. R. o. v. M. Manne, der trotz Berallies und seiner Solgen den Kampf um Ostpreußen Verbindung zum Siege führen wird.

Die dem Bande Deutscher Osten angehörenden Volksgenossen werden die Möglichkeit erhalten, den Film zu bedeutend ermäßigtem Preise zu sehen.

Dr. Eskalony's
bittere Tropfen
Das weltbekannte Spezialität
C. A. FRANK, BROMBERG
1894, 1927
Allgemeinerdeiler für Deutschland
DOMINICUS KLAR
BERLIN N.O. 10 • SEIT 1906

Mitteilungen des Bundes Deutscher Osten.

Der Bundesführer.

Zum Bundesführer für Pommern habe ich Herrn Rittergutsbesitzer v. Wedel, Stierfleiter, Post Pionitz (Pritz-Cand) berufen.

Die Bundesführer haben das Recht, innerhalb ihrer Landesgruppen Untergruppen zu schaffen und Untergruppenführer zu ernennen, die von mir zu bestätigen sind.

Ich bestätige:

für die Landesgruppe Ostpreußen:

Herrn Graf Brockdorff-Donnau, Marienwerder, als Führer der Untergruppe Westpreußen;

Herrn Rechtsanwalt Sukow, Allenstein, für die Untergruppe Ostpreußen-Süd;

für die Landesgruppe Schlesien:

Herrn Kreisleiter der NSDAP. Hartlieb, Cösl, als Führer der Untergruppe Oberschlesien.

Ich berief in den Bundesführerrat Herrn Oberpräsidenten und Gauleiter Koch, Königsberg, Herrn Oberpräsidenten und Gauleiter Brücker, Breslau, Herrn Polizeipräsidenten und Obergruppenführer Heines, Breslau, Herrn Geheimrat v. Eilly, Berlin, Herrn Staatsminister Eißler, München.

Herr Staatsminister Eißler hat die Schirmherrschaft für die Landesgruppe Bayern-Pfalz übernommen.

Die Vereinigungen „Bezirksgruppe“ oder „Untergau“ sind nicht mehr zulässig; ebenso ist die Bezeichnung „Gau“ statt „Landesgruppe“ grundsätzlich zu vermeiden.

Sämtliche Amtswalter der Landesgruppen, Untergruppen und Ortsgruppen des BDO, müssen Mitglieder des „Ostland“ sein.

Die hiermit dem Ostdeutschen Heimatdienst in Allenstein herausgegebene Heimatzeitschrift „Unsere Heimat“ erscheint nach dem Aufgehen des Heimatdienstes im BDO, als Mitteilungsblatt der im Bund Deutscher Osten zusammengefaßten ostpreussischen Grenzlandorganisationen“. Die Schrifteleitung übt auch weiterhin Herr Dr. Hala in Allenstein aus. Wir empfehlen die ausgezeichnete Heimatzeitschrift sämtlichen Gliederungen des BDO. Der monatliche Bezugspreis beträgt 0,44 M. einschließlich Postgebühren.

Der Hauptorganisationsleiter des BDO, Herr Paul Sätze, habe ich zum Leiter, Herrn Polster Suchs zum Stellvertretenden Leiter des Bundesamtes für Heimat- und Volkstumspflege berufen. Für den Fall, daß sowohl der Bundesführer als auch der Stellvertretende Bundesführer verreist sind, bevollmächtigt ich den Hauptorganisationsleiter Herrn Sätze zu deren Vertretung.

Die Pressefahrt westdeutscher Journalisten aus dem Rhein-, Ruhr- und Saargebiet nach Ostpreußen und Danzig ist zu Ende gegangen.

Die Gröbdtburg.

Ein besonderes Juwel Schlesiens ist die Gröbdtburg, die vom Gipfel des prächtig bewaldeten 369 Meter hohen Gröbdtberges, einem alleinlebenden Volkstempel, weithin ins schelleißche Land grüßt. Diese alte Pflanzburg kann jetzt auf ein 25jähriges Bestehen seit ihrem Wiederaufbau zurückblicken. Sie war in früheren Jahren mitunter ein gefürchtetes Raubversteck. Schließlich wurde die Burg, die schon 1175 urkundlich erwähnt wird und im Auftrag des ersten Herzogs von Niederschlesien, Boleslaus, gebaut wurde, ein Opfer des Dreißigjährigen Krieges. Vor rund 300 Jahren, am 6. Oktober 1633, fiel sie durch Verrat in die Hände Wallensteins. Sie wurde zerstört. Im Jahre 1898 übernahm der ehemalige deutsche Gesandte Willibald v. Dirksen die Burg und ließ sie von 1896 bis 1908 völlig erneuern. Die Wiederherstellungsarbeiten waren dem berühmten Burgenkonservator Professor Dr. v. Schorlet in Berlin übertragen. Die Einweihung der wiederhergestellten Burg erfolgte am 9. Juni 1908. Besonders bemerkenswert ist der Bergfried mit seiner Höhe von 22 Metern.

Persönliche Nachrichten.

Zum kommissarischen Direktor des Instituts für Ostdeutsche Wirtschaft in Königsberg wurde, die NSD. mitteilt, Dr. von Grünberg ernannt.

Der bisherige kommissarische Regierungspräsident Dr. Eichler in Frankfurt a. O. wurde zum Präsidenten der Regierung in Frankfurt a. O. ernannt.

Der frühere Präsident des Danziger Volkstages und Sozialdemokratische Gewerkschaftsführer Brill ist auf Anordnung der Staatsanwaltschaft in Danzig verhaftet worden. Brill wird des Betruges sowie der Verschlebung von Vermögenswerten beschuldigt. Es soll sich um eine Summe von 15.000 Gulden handeln.

Sie wurde veranstaltet vom Bund Deutscher Osten, Landesgruppe Rheinland-Westfalen. Um die Anregung und Durchführung der außerordentlich erfolgreich verlaufenen Fahrt hat sich besonders Verdienste Herr Z. Boschnig, Hagen i. W., erworben. Ich habe ihn mit dem Ausdruck höchster Anerkennung seiner jahrelangen ostdeutschen Arbeit in der Westmark, die er namentlich in dem von ihm geleiteten, inzwischen im BDO, aufgegangenen Hauptverband heimatreuer Ost- und Westpreußen Rheinland-Westfalen ausgedeut hat, zum Mitglied des Bundesführerrates berufen. Gleichzeitig bestätige ich seine Berufung als Stellvertreter Bundesführer der Landesgruppe Rheinland-Westfalen des BDO.

Weiterhin spreche ich Herrn Lehrer Quade von unserer Landesgruppe Rheinland-Westfalen und Herrn Dr. Wagner-Berlin den herzlichsten Dank aller Beteiligten für ihre zügellose Mitwirkung und Herrn Dr. Wagner besonders für seine mühselige Vorbereitung der Pressefahrt aus.

Ebenso gebührt unser aller Dank für die Förderung unserer Pressefahrt dem Herrn Oberpräsidenten Gauleiter Koch-Königsberg, dem Herrn Regierungsräsidenten Budzisz-Marienwerder und Schmidt-Alleinstein sowie dem Herrn Danziger, Oberbürgermeistern, Bürgermeistern, Kreisleitern und Ortsgruppenleitern, den Vertretern der Handelskammern, der ostpreussischen und Danziger Presse und zahlreichen anderen Persönlichkeiten. Ein besonderes Verdienst um unsere Fahrt hat sich das Mitglied unseres Wirtschaftsausschusses, Herr Dr. E. Z. M. Adak, Verleger des Hannoverischen Anzeigers, erworben, muß ich auch ihm meinen aufrichtigsten Dank zum Ausdruck bringen.

Als Gruß des BDO., auch innerhalb der Ortsgruppen und unter ihren Mitgliedern, gilt der Hitlergruß. D. Rüdtkke.

Veranstaltungskalender.

Berein der Deutschen aus Kassel (Nets) und Umgegend.

Außerordentliche Mitgliederversammlung am Sonntag, den 30. Juli, pünktlich um 5 Uhr nachm., im Vereinslokal Pögenrestaurant, Charlottenburg, Berliner Str. 61, Eingang Kirchhoffstr. 2.

Haus „Kurmark“.

Nr. 5.

Übertrag: 946,20 RM.

Gesellschaftsführer O. Südkle, Berlin	20,-	„
Ortsgruppe Lübben	20,-	„
Ortsgruppe Jülichau	20,-	„
Ortsgruppe Bunsloh	10,-	„
Ortsgruppe Cottbus	10,-	„
Ortsgruppe Frankfurt a. M.	10,-	„
Ortsgruppe Erkner	10,-	„
Ortsgruppe Bielefeld 2. Betrag	10,-	„
Ortsgruppe Sontenberg	5,-	„
Haus Kienberg, Berlin	1,-	„
Hilf. Helia Ullmann, Großstadt	1,-	„
Hilf. Dominik, Berlin	0,50	„
Hrau Schmolz, Berlin	0,50	„

Stand vom 26. Juli 1935 1064,20 RM.

Ernennung ehrenamtlicher Kulturreferenten in Danzig.

In der Kultusabteilung des Danziger Senats, in der der verdienstvolle Leiter der Jopporter Waldoper, Oberregisseur Hermann Mey, zum Hauptreferenten für Kunstfragen ernannt worden ist, sind folgende, dem Hauptreferenten untergeordnete ehrenamtliche Referenten bestellt worden:

- für Theater und Musik: Generalmusikdirektor Erich Orthmann;
 - für Vorträge: Prof. Dr. Hans Kindermann;
 - für Bibliothek: Bibliothekar Dr. Karl Zimmerhsied;
 - für Architektur: Prof. Dr. Otto Kloppe;
 - für Malerei: Gehobenerlehrer von Malotki;
 - für Musik und Kunstgewerbe: Kultus Prof. Dr. Wilhelm Droft;
 - für Film: Mitteilungsleiter Wilhelm Hauptfeld.
- Serner sind folgende ehrenamtliche Referenten dem Kultusminister unmittelbar unterstellt worden:
- für die Hochschule: Prof. Dr. Ernst Pöbshofes;
 - für Schulen: Studentent Franz Schramm;
 - für Jugend: Studentent Dr. Franz Schramm;
 - für Sport und Turnen: Studentent Oskar Barthoff;
 - für Volksbildung: Lehrer Kemp;
 - für das raongefährliche Volkswesen: Pastor Dr. Johann Borneg;
 - für die katholischen Kirchen: noch ein Referent aufzustellen.

Studentische Grenzlandfahrt.

Nach Danzig und Ostpreußen wird im August eine Gruppe von 60 Berliner Studenten und Studentinnen fahren. Besondere Wert wird auf eine Fühlungsnahe mit Siedlern, Bauern und Gutsherrn gelegt. Auch Schluß der Reise werden mehrere Gruppen noch vier Wochen als Erntehelfer in Ostpreußen tätig sein. In Erkenntnis der Wichtigkeit dieser Grenzlandfahrt unterstützt und fördert das Propaganda- und Kultusministerium die Studentenfahrt hierbei.

